

Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2024

Organisationsstruktur der IKB



Organe der Gesellschaft und Governance

Gemäß österreichischem Aktiengesetz leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Nachhaltigkeitsziele und -maßnahmen sind Teil der individuellen Zielvereinbarung im Rahmen des erfolgsabhängigen Bonussystems.

Der Aufsichtsrat der IKB besteht aus insgesamt zwölf Mitgliedern – acht von der Hauptversammlung gewählten Kapitalvertreter:innen und vier entsandten Arbeitnehmervertreter:innen. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und überwacht deren Tätigkeiten. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 43.700,00 Euro an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Im Geschäftsjahr 2024 waren als Organe der Gesellschaft tätig:

Vorstand

DI Helmuth Müller (Vorsitzender)
Dr. Thomas Pühringer
DI Thomas Gasser, MBA

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender) (bis 27.6.2024)
Dr. Markus Bachlechner (Vorsitzender) (ab 27.6.2024)
Mag. Dr. Erich Entstrasser (Stellvertreter des Vorsitzenden)
DI Alexander Speckle
Mag. Hermann Meysel
Mag. David Nagiller, B.Ed. (bis 27.6.2024)
Mag.^a Sonja Pitscheider (bis 27.6.2024)
Mag. Markus Stoll (bis 27.6.2024)
Andreas Wanker (bis 27.6.2024)
Kenan Asci (ab 27.6.2024)
MMMMag. Christian Mair (ab 27.6.2024)
Mag. Martin Rupprechter (ab 27.6.2024)
Mag. Fabian Saxl (ab 27.6.2024)

Vom Betriebsrat entsandt:

Christoph Martiner
Markus Paratscher
Daniela Staud
Ing. Michael Tassenbacher

Gesellschaftszweck, Unternehmensgegenstand und Nachhaltigkeit

Die Tätigkeit des Unternehmens hat neben der Gewinnerzielungsabsicht den Bedürfnissen und Interessen der Stadt Innsbruck und ihrer Bewohner:innen zu wirtschaftlich angemessenen und sozial tragbaren Bedingungen zu dienen. Dabei ist dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung zu tragen. Im Energiebereich ist besonders auf die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen und auf Energieeffizienz zu achten. Gegenstand des Unternehmens ist die Besorgung kommunalwirtschaftlicher Aufgaben aller Art, insbesondere:

- Erzeugung, Verteilung und Vertrieb elektrischer Energie sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Energieeffizienz
- Erzeugung, Anwendung und Verwertung alternativer Energieformen
- Gewinnung, Verteilung und Verwertung von Wasser sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Ressourceneffizienz
- Angelegenheiten der Abwasserwirtschaft
- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft
- Betrieb von Verkehrseinrichtungen jeder Art
- Betrieb von Bädern und Freizeitanlagen
- Angelegenheiten der Telekommunikation
- Fernwärme
- Contracting und Energiedienstleistungen

Nachhaltigkeit in der IKB

Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu stärken. So will die IKB ihren Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten. Die Nachhaltigkeitsthemen sind:

Nachhaltige Wirtschaft

- Langfristiger Erhalt qualitativ hochwertiger Infrastruktur
- Förderung der Region (Grundversorgung, Wirtschaftsstandort)
- Kundenzufriedenheit und leistbare Daseinsvorsorge
- Unternehmensethik und Vermeidung von Korruption

Verantwortung gegenüber der Umwelt

- Erneuerbare Energiequellen und innovative, umweltgerechte Energieerzeugung
- Umsetzungspartnerin und Vorreiterin der Dekarbonisierung
- Energieeffizienz
- Effiziente Rohstoffnutzung und Kreislaufwirtschaft
- Naturschutz und Vermeidung von Problemstoffen

Verantwortung gegenüber den Menschen

- Gesundheit und Sicherheit
- Chancengleichheit und Inklusion
- Anpassung an den Klimawandel

Mitgliedschaften

Die IKB ist Mitglied in zahlreichen Verbänden und Initiativen. Hier finden Sie einen Auszug:

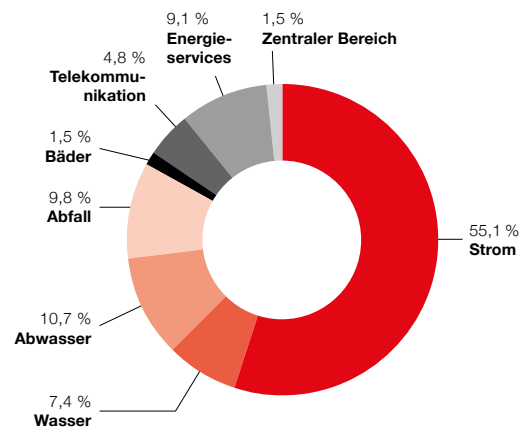
- Energie Tirol
- Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie Dachverband (AEE)
- Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (FGW)
- Industriellenvereinigung (IV)
- Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH (IKT)
- Internet Service Providers Austria (ISPA)
- Klimabündnis Österreich
- Lichttechnische Gesellschaft Österreichs (LTG)
- Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW)
- Österreichisches Nationalkomitee der CIRED (ÖNK)
- Österreichische Vereinigung für grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen (ÖGL)
- Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV)
- Österreichischer Städtebund (ÖStB)
- Österreichs E-Wirtschaft (OE)
- Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)
- Tiroler Abfallwirtschaftsverein (TAWV)
- Tiroler Elektrizitätsbeirat
- Träger- und Förderverein für die Errichtung von Technischen Fachhochschulstudiengängen in Tirol (Förderverein Technik) (FTT)
- Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG)
- Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ)
- Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe (VÖA)
- Verein für Ökologie und Umweltforschung (VÖU)
- World Energy Council

AUF EINEN BLICK

Wirtschafts- und Nachhaltigkeitskennzahlen der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

UMSATZENTWICKLUNG IN TEUR	2022	2023	2024	+/-
Strom	124.550	154.870	145.305	-6,2 %
Wasser	17.344	17.585	19.629	11,6 %
Abwasser	25.451	26.842	28.087	4,6 %
Abfall	23.395	24.834	25.836	4,0 %
Bäder	3.186	3.579	3.933	9,9 %
Telekommunikation	10.636	11.249	12.752	13,4 %
Energieservices	17.716	23.159	24.026	3,7 %
Zentraler Bereich	3.206	3.627	3.978	9,7 %
SUMME	225.484	265.745	263.545	-0,8 %

UMSATZSTRUKTUR IN TEUR	2024	%
Strom	145.305	55,1 %
Wasser	19.629	7,4 %
Abwasser	28.087	10,7 %
Abfall	25.836	9,8 %
Bäder	3.933	1,5 %
Telekommunikation	12.752	4,8 %
Energieservices	24.026	9,1 %
Zentraler Bereich	3.978	1,5 %
SUMME	263.545	100 %



INVESTITIONEN IN TEUR	2022	2023	2024	+/-
Strom	17.389	23.490	22.500	-4,2 %
Wasser	15.258	19.818	18.202	-8,2 %
Abwasser	4.451	10.001	12.643	26,4 %
Abfall	137	1.029	1.497	45,5 %
Bäder	998	945	1.023	8,2 %
Telekommunikation	11.619	5.454	12.518	129,5 %
Energieservices	1.295	3.592	3.946	9,9 %
Zentraler Bereich	1.051	1.711	5.046	194,9 %
SUMME *	52.198	66.040	77.374	17,2 %

* ohne Berücksichtigung von Investitionen ins Finanzanlagevermögen

BILANZ IN TEUR	2022	2023	2024
Aktiva			
Anlagevermögen	522.952	538.025	579.145
Umlaufvermögen	118.031	148.611	140.972
Aktive Rechnungsabgrenzung	129	256	205
Latente Steuern	0	0	0
SUMME	641.112	686.892	720.322
Passiva			
Grundkapital	10.000	10.000	10.000
Rücklagen	414.203	425.732	428.665
Rückstellungen	92.907	107.973	100.144
Verbindlichkeiten	105.020	123.893	139.368
Passive Rechnungsabgrenzung	1.626	6.294	6.862
Bilanzgewinn	17.356	13.000	35.284
SUMME	641.112	686.892	720.322

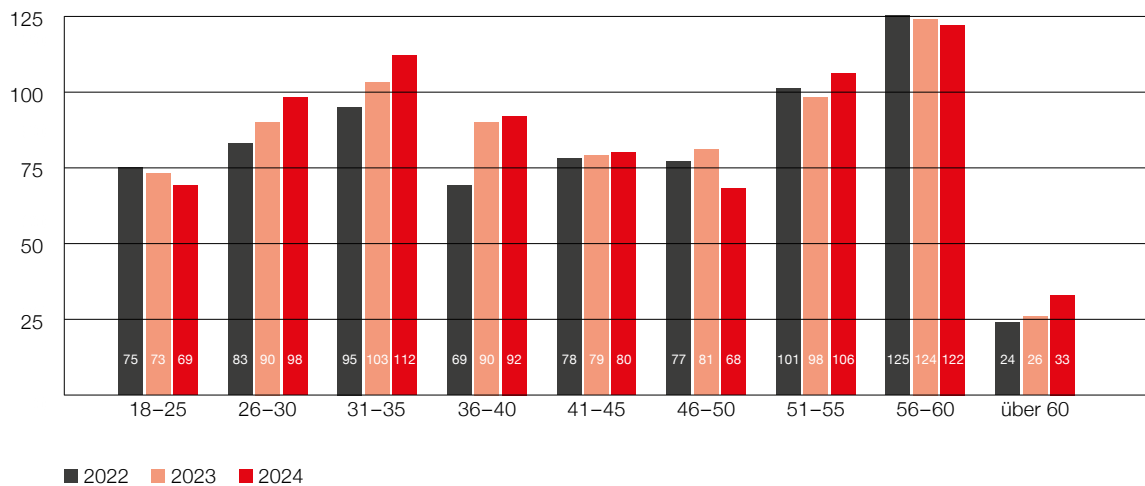
FREMDMITTEL IN TEUR	2022	2023	2024	+/-
Wasserwirtschaftsfondsdarlehen	0	0	0	0,0 %
Sonstige	10.913	11.207	12.276	9,5 %
SUMME	10.913	11.207	12.276	9,5 %

CASHFLOW IN TEUR	2022	2023	2024
Ergebnis vor Steuern	24.395	18.516	37.276
Saldo aus nicht finanzwirksamen Aufwendungen und Erträgen	18.540	21.665	25.394
Saldo aus Bestandsveränderungen (Aktiva und Passiva)	1.811	21.346	-3.096
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	44.746	61.527	59.574
Cashflow aus Investitionsaktivitäten	-42.223	-33.094	-69.626
Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten	-4.742	-9.513	-7.465
Veränderung der flüssigen Mittel	-2.219	18.920	-17.517
Anfangsbestand der flüssigen Mittel	61.940	59.721	78.641
Endbestand der flüssigen Mittel	59.721	78.641	61.124

PERSONALAUFWAND IN TEUR	2022	2023	2024
Aktivbezug (IKB + GSB)	53.774	60.306	67.982
Gestellungsentgelt (Faktor Gewinnzuschlag)	2.227	2.091	1.950
Gestellungsentgelt (Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag)	277	264	240
Aufwendungen für Abfertigungen	854	1.219	1.142
Aufwand für Altersversorgung	1.010	574	673
SUMME	58.142	64.454	71.986

PERSONALSTAND	2022	2023	2024
Beamtinnen und Beamte	6	5	3
Vertragsbedienstete	102	87	78
IKB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter	619	672	699
Lehrlinge	39	41	41
SUMME	766	805	821

MITARBEITENDE IN ALTERSGRUPPEN (OHNE LEHRLINGE)



DAUER DER DIENSTVERHÄLTNISSE	2022	2023	2024
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	13,47	12,64	12,45

LAGEBERICHT

gemäß § 243 UGB

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Die Weltwirtschaft wächst derzeit langsamer als vor der Pandemie, wobei sich die Unterschiede zwischen den Regionen verringern. Während die Dynamik in den USA nachlässt, wird sie in China durch strukturelle Probleme gebremst. Europa zeigt nach einer Stagnationsphase erste Anzeichen einer Erholung. Risiken für die Weltwirtschaft gehen weiterhin von den geopolitischen Spannungen aus, vor allem dem anhaltenden Krieg Russlands gegen die Ukraine, den Feindseligkeiten im Nahen Osten und den Drohungen Chinas gegenüber Taiwan. Damit bleiben die Unsicherheiten hoch, und es könnte insbesondere eine Eskalation der Konflikte in erdöl- oder erdgasreichen Regionen die Energiepreise wieder kräftig steigen lassen.

Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2024 um 1,2 Prozent und damit stärker als 2023 (-1,0 Prozent). Damit erlebt Österreich derzeit die längste Rezession der Nachkriegszeit, deren Ende ist noch nicht in Sicht. Die heimische Wirtschaft hat strukturelle Probleme, es gibt bisher keine Signale für einen starken Aufschwung. Durch die erwartete Erholung der Industriekonjunktur im Euro-Raum sollte die Exportnachfrage wieder anziehen. Der Anstieg des Handelsprotektionismus, fiskalischer Konsolidierungsdruck sowie die anhaltende Schwäche Deutschlands belasten Österreichs Exportaussichten jedoch weiterhin. Die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit trübt die Investitionsabsichten und das Konsumklima, wodurch das Risiko eines dritten Rezessionsjahres steigt. 2025 bleibt ein herausforderndes Jahr sowohl geopolitisch als auch konjunkturell.

Die mit dem Verbraucherpreisindex gemessene Inflation in Österreich ist im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,9 Prozent gefallen. Dieser Rückgang basiert vor allem auf sinkenden Energiepreisen, die dynamische Entwicklung der Arbeitskosten verlangsamte hingegen den Rückgang der Inflation. Die heimische Konjunktur wird sich voraussichtlich 2025 stabilisieren. Nach zweieinhalb Jahren mit negativem Wirtschaftswachstum werden die wirtschaftlichen Bremsfaktoren 2025 schwächer: Die Inflation stabilisiert sich, wobei der deutliche Inflationsrückgang im Laufe des Jahres 2024 im Jänner 2025 abrupt gestoppt wurde. Vor allem die Energieinflation stieg infolge des Auslaufens staatlicher Unterstützungsmaßnahmen deutlich an. Die gestiegene Energieinflation und die weiterhin hohe Dienstleistungsinflation bilden sich nur langsam zurück. Deshalb erwartet die Österreichische Nationalbank (OeNB) eine Inflationsrate für 2025 von 2,9 Prozent – genauso hoch wie 2024.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Österreich ist derzeit hoch. Die neue Bundesregierung steht vor der Aufgabe einer erheblichen Budgetkonsolidierung. Angesichts des hohen Budgetdefizits ist zumindest mittelfristig mit Kürzungen der Staatsausgaben und einer Anhebung von Steuern und Abgaben zu rechnen. Die Ausgangslage für eine Budgetkonsolidierung ist schwierig, zumal Österreichs Wirtschaftsleistung 2024 neuerlich geschrumpft ist. Industrie und Bauwirtschaft stecken weiter in der Rezession, eine Trendwende zeichnet sich derzeit nicht ab. Trotz steigender Realeinkommen war der private Konsum 2024 rückläufig. Die hartnäckige Konjunkturschwäche belastete auch den österreichischen Arbeitsmarkt, insbesondere in Industrie und Bauwirtschaft sank die Zahl der unselbständig Beschäftigten deutlich. Die Arbeitslosigkeit nahm dagegen deutlich zu. Im Jahresdurchschnitt 2024 betrug die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsweise 7,0 Prozent und war damit um gut 0,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Aufgrund der rückläufigen Inflation und der Konjunkturschwäche im Euro-Raum senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagensatz, der seit Mitte 2022 um 4,5 Prozentpunkte angehoben worden war, auch im Jahr 2024 schrittweise weiter ab. Ende Jänner 2024 wurde der für Banken und Sparer wichtige Einlagensatz um weitere 0,25 Prozentpunkte auf 2,75 Prozent herabgesetzt. Es war dies die fünfte Senkung, seit die EZB im vergangenen Juni die Zinswende eingeleitet hat.

Die Rohstoffpreise lagen 2024 aufgrund der Beruhigung der Märkte deutlich unter jenen des Vorjahres. Ursachen dafür waren unter anderem die konjunkturbedingte Nachfrageschwäche sowie eine gute Versorgungslage bei Erdgas. Der Ölpreis stagnierte 2024, vor allem die Konjunktüreintrübung und ein damit

einhergehender Nachfragerückgang setzten die Ölpreise unter Druck. Die sinkenden Rohstoffpreise führten weiters zu einer Preisreduktion am Stromgroßhandelsmarkt. Nach dem Anstieg der CO₂-Preise der vergangenen Jahre auf bis rund 90 Euro pro Tonne (Terminmarkt Frontjahr) im Jahr 2023 kam es im Jahr 2024 zu einer Korrektur auf rund 69 Euro pro Tonne. Das entspricht einem Rückgang von 23 Prozent. Gründe für diesen Preiserückgang sind in der konjunkturellen Eintrübung und der damit einhergehenden verminderten Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten zu sehen.

Der Stromgroßhandelsmarkt war im Jahr 2024 geprägt von einem Preiserückgang sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt. Beide Märkte waren beeinflusst von den gefallenen Primärenergie- und CO₂-Preisen. Der durchschnittliche Preis am Spotmarkt der europäischen Strombörse EPEX für Grundlastlieferungen (Base) im Marktgebiet Österreich lag im Jahr 2024 mit 82 Euro pro Megawattstunde um 20 Prozent unter jenem des Vorjahres. Für das Marktgebiet Deutschland betrug der durchschnittliche Preis für sofortige Grundlaststromlieferungen im Jahr 2024 80 Euro pro Megawattstunde. Der Base-Preis in Österreich war 2024 somit um etwas mehr als 2 Euro pro Megawattstunde höher als in Deutschland. Am Terminmarkt der European Energy Exchange (EEX) wurde 2024 das Marktgebiet Österreich Grundlast für 2025 (Frontjahr-Base) im Durchschnitt mit 92 Euro pro Megawattstunde gehandelt. Das entsprach einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 38 Prozent. Die IKB vermarktet den Großteil der Stromerzeugung im Voraus, um kurzfristige Preisrisiken zu reduzieren. Die Preisentwicklung am Terminmarkt im Jahr 2024 hatte daher nur einen untergeordneten Einfluss auf die Erlöse in der Berichtsperiode.

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 war energiewirtschaftlich wiederum herausfordernd. Vor allem die geopolitischen Ereignisse, insbesondere der Krieg in der Ukraine, aber auch die schwächelnde Wirtschaft in Europa hatten massive Auswirkungen auf die Entwicklung der europäischen Großhandelspreise für Strom. Dieser stellt neben den generierten Erzeugungsmengen aus den eigenen Wasserkraftwerken einen wesentlichen Werttreiber für die Geschäftsentwicklung der IKB dar.

Über die weitere wirtschaftliche Entwicklung besteht Unsicherheit, wobei sich insbesondere aus dem internationalen Umfeld Abwärtsrisiken ergeben. Die geo- und handelspolitischen Risiken sind nach wie vor hoch. Eine Eskalation der Konflikte etwa im Nahen Osten oder in der Ukraine würde den Welthandel bremsen, die Preise für Energie steigen lassen und die Inflation wieder antreiben. Diskussionen über die zukünftige Ausgestaltung der regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen im Energiesektor, aber auch ein zunehmender Realismus über die massiv steigenden Gesamtkosten der Energiewende und deren Finanzierung bzw. Kostentragung führen zu wenig planbaren langfristigen Rahmenbedingungen. In Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ergibt dies ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld. Dieses energiewirtschaftliche Umfeld bleibt damit für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd.

GESCHÄFTSVERLAUF

Das IKB-Ergebnis für das Geschäftsjahr 2024 fiel im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher aus. Der Jahresüberschuss stieg um +95,6 Prozent auf 37,9 Millionen Euro. Deutlich positiv auf die Ergebnisentwicklung wirkten sich Entwicklungen am Strommarkt aus. Gesunkene, jedoch nach wie vor hohe Bezugspreise aufgrund einer vorausschauenden strukturierten Beschaffung belasteten in Kombination mit Tarifmaßnahmen im Massenkundensegment das Ergebnis im Strom-Vertrieb weniger als dies im Vorjahr der Fall war. Im Geschäftsjahr 2023 wirkte sich zudem die Dotierung einer Rückstellung für im Raum gestandene Zahlungen aus vergangenen, möglicherweise nicht rechtmäßig durchgeführten Preiserhöhungen negativ auf die Ergebnisentwicklung aus. Positiv auf das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahrs wirkte sich mit 20,0 Millionen Euro eine Abschlagsleistung der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG (TIWAG) aus einer Generalvereinbarung von Auffassungsunterschieden den Betriebsführungsvertrag betreffend aus. Die IKB-Stromeigenerzeugung fiel aufgrund der außergewöhnlich guten Wasserführung überdurchschnittlich aus und lag damit um 36,9 Gigawattstunden bzw. +11,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Positive Einmaleffekte resultierten darüber hinaus aus dem Abgang von Anlagevermögen mit einem Buchgewinn von 2,9 Millionen Euro und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro insbesondere betreffend die im Vorjahr gebildete Rückstellung für vergangene Strompreiserhöhungen. Insgesamt betrachtet war auch das Jahr 2024 von einem höheren Energiepreisniveau gekennzeichnet.

Im Strombereich führten geringere Erlöse im Energiebereich und höhere Erlöse im Netzbereich gegenüber 2023 zu insgesamt um -9,6 Millionen Euro bzw. -6,2 Prozent gesunkenen Umsatzerlösen. Die Stromerzeugung lag 2024 mit einer Erzeugungsmenge von 368,9 Gigawattstunden um +11,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Abgabemenge aus dem Stromnetz an Netzkund:innen im Verteilnetz der IKB stieg im Jahr 2024 um +15,9 Gigawattstunden bzw. +2,0 Prozent auf 792,6 Gigawattstunden. Die Abgabemenge aus dem Energiegeschäft lag mit einem Mengenrückgang von -6,5 Gigawattstunden bzw. -1,2 Prozent unter dem Vorjahr.

Mit rund 8,5 Millionen Kubikmetern stieg der verrechnete Wasserverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um +0,2 Prozent. Die zur Verrechnung gelangende Abwassermenge von rund 8,3 Millionen Kubikmetern ist mit +1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr ebenfalls angestiegen.

In der Abfalldéponie Ahrental wurden mit 31.588 Tonnen von der IKB und der Abfallwirtschaft Tirol-Mitte GmbH gegenüber dem Vorjahr um -22,4 Prozent weniger deponiert. Diese Entwicklung ist unter anderem durch gesunkene Einlieferungen von Baurestmassen bedingt. Weiters wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 31.650 Tonnen und damit gegenüber dem Vorjahr um +2,0 Prozent mehr Abfälle aus dem Entsorgungsbereich der Stadt Innsbruck dem Recyclingzentrum Ahrental zur Sortierung und Behandlung angeliefert. Bei den gesammelten Abfallmengen (Restmüll und Bioabfall) von 32.628 Tonnen war mit +0,1 Prozent auch ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Bei den Bäder- und Saunabetrieben stiegen die Besucherzahlen von 909.707 im hervorragenden Vorjahr nochmals auf 909.840 im Jahr 2024 an. Dieses Rekordergebnis ist neben der gestiegenen Attraktivität der Bäderstandorte auch auf die gute Witterung in der Sommersaison sowie die teilweise Stilllegung umliegender Bäder zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Telekommunikation war gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Zugewinnen über alle Kundensegmente wiederum eine beträchtliche Umsatzsteigerung von 1,5 Millionen Euro bzw. um +13,4 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt konnten die aktiven Kundenanlagen von 17.892 Anlagen im Vorjahr auf 19.362 Anlagen im Jahr 2024 um +8,2 Prozent gesteigert werden.

Im Geschäftsbereich Energieservices wuchsen die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Millionen Euro bzw. um +3,7 Prozent, was vor allem die Erlöse aus dem Energieverkauf betrifft. Dieser Geschäftsverlauf ist teilweise den Verwerfungen auf den Energiemärkten und den damit zusammenhängenden gestiegenen Preisen für Energie- und Wärmelieferungen zuzuschreiben.

ERTRAGSLAGE

Gegenüber dem Vorjahr sanken die Umsatzerlöse der IKB insgesamt betrachtet um 2,2 Millionen Euro auf 263,5 Millionen Euro bzw. um -0,8 Prozent.

Die Umsatzerlöse aus dem Bereich der Stromversorgung (Erzeugung, Netz, Vertrieb) gingen dabei um 9,6 Millionen Euro auf 145,3 Millionen Euro zurück. Grund für diesen Rückgang waren vor allem Umsatzrückgänge im Energiegeschäft wegen gesunkener Marktpreise. Im Stromnetz war hingegen sowohl im regulierten Netz- als auch im Projektgeschäft ein Anstieg zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2024 die Umsätze im Abwasserbereich um 1,2 Millionen Euro auf 28,1 Millionen Euro und im Wasserbereich um 2,0 Millionen Euro auf 19,6 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist neben den durchgeführten Tarifierpassungen auf die positive Entwicklung der Abgabemengen und auf das Wasser-Dienstleistungsgeschäft zurückzuführen.

Im Abfallbereich wurden die Umsatzerlöse mit 25,8 Millionen Euro gegenüber 2023 um 1,0 Millionen Euro bzw. +4,0 Prozent gesteigert. Dabei stiegen die Erlöse aus der Abfallentsorgung gegenüber dem Vorjahr um +4,0 Prozent. Ein Erlösanstieg von +4,1 Prozent war auch im Recycling und in der Abfallsammlung zu verzeichnen.

Die Umsätze in der Telekommunikation mit 12,8 Millionen Euro konnten gegenüber dem Vorjahr über alle Kunden- und Absatzsegmente um 1,5 Millionen Euro gesteigert werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Energieservices in Höhe von 24,0 Millionen Euro war ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 0,9 Millionen Euro – vor allem aus dem Verkauf von Energie und Fernwärme – zu verzeichnen.

Bei den Bäder- und Saunabetrieben resultierten die gestiegenen Besucherzahlen in einem Umsatzzuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 0,4 Millionen Euro auf 3,9 Millionen Euro.

Die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von 2,9 Millionen Euro betreffen zum allergrößten Teil den Buchgewinn aus einem Grundstückstausch mit der Stadt Innsbruck.

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro (Vorjahr: 1,4 Millionen Euro) resultieren aus der anteiligen Auflösung einer im Vorjahr gebildeten Rückstellung für vergangene Strompreiserhöhungen sowie sonstiger Rückstellungen für Schadensfälle.

In den übrigen Erträgen, die im Jahr 2024 gegenüber 2023 um 20,6 Millionen Euro auf 24,8 Millionen Euro anwuchsen, trug insbesondere der Einmaleffekt aus der erwähnten Abschlagsleistung der TIWAG bei.

Im Materialaufwand zeigt sich ein Rückgang um 9,7 Millionen Euro auf 83,7 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist primär auf zurückgegangene Kosten im Energiebezug als Ausfluss der allgemeinen Marktpreisentwicklungen zurückzuführen. Der übrige Materialaufwand sank ebenfalls um 1,4 Millionen Euro – vergleichsweise jedoch von sekundärer Bedeutung.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 14,5 Millionen Euro um 1,6 Millionen Euro über dem Vorjahreswert – vor allem durch den Geschäftsverlauf im Projektgeschäft bedingt.

Im Personalaufwand für eigene Mitarbeiter:innen der IKB ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Millionen Euro auf 62,0 Millionen Euro zu verzeichnen. Der unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Personalgestellungsaufwand für der IKB zur Dienstleistung zugewiesene städtische Bedienstete ging gleichzeitig mit 10,0 Millionen Euro um 0,7 Millionen Euro zurück. Der durchschnittliche Personalstand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 810 Personen (Vorjahr: 786), davon 683 eigene Mitarbeiter:innen der IKB (Vorjahr: 647), 86 von der Stadt Innsbruck zugewiesene Bedienstete (Vorjahr: 100) und 41 Lehrlinge (Vorjahr: 39).

Im Bereich der Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 3,3 Millionen Euro auf 36,6 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Entwicklung begründet sich neben der laufenden hohen Investitionstätigkeit auf im Zuge des Jahresabschlusses durchgeführte Teilwertberichtigungen in Höhe von 2,4 Millionen Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 62,7 Millionen Euro sanken gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Millionen Euro. Neben um 9,4 Millionen geringeren Aufwendungen für Rückzahlungen aus vergangenen Preiserhöhungen im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb wirkten sich um 1,7 Millionen Euro höhere externe Instandhaltungsaufwendungen sowie diverse sonstigen Kostensteigerungen hier dementsprechend gegenläufig aus.

Der Betriebserfolg für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich damit auf 41,1 Millionen Euro gegenüber 18,0 Millionen Euro im Vorjahr.

Das Finanzergebnis beträgt -3,8 Millionen Euro und verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,4 Millionen Euro.

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 0,8 Millionen Euro fielen gegenüber 2023 um 0,4 Millionen Euro niedriger aus. Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen war vor allem wegen gestiegener Zinsen für Bankguthaben ein Anstieg um 0,2 Millionen Euro zu verzeichnen.

Der Rückgang betreffend die Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen von 3,6 Millionen Euro betrifft den ertragswirksamen Einmaleffekt aus dem Vorjahr aus der Veräußerung der TIGAS-Geschäftsanteile.

Die Aufwendungen aus Finanzanlagen aus verbundenen Unternehmen beinhalten den Jahresverlust der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, welcher im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags von der IKB zu übernehmen ist. Dieser entwickelte sich mit -4,0 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr stabil.

Das Ergebnis vor Steuern liegt daher insgesamt mit 37,3 Millionen Euro um 18,8 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 18,5 Millionen Euro.

Die mit 0,6 Millionen Euro positiven Ertragsteuern resultieren aus der Ergebnisentwicklung der maßgeblichen Gruppenmitglieder in der steuerlichen Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Das steuerliche Gruppenergebnis der IKB war im Jahr 2024 positiv, daraus ergab sich eine Dotierung der Körperschaftsteuerrückstellung in Höhe von 0,2 Millionen Euro. Die infolge positiver steuerlicher Ergebnisse abzuführenden Steuerumlagen der Gruppenmitglieder beliefen sich in Summe betrachtet auf rund 0,8 Millionen Euro.

Nach Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 37,9 Millionen Euro gegenüber 18,5 Millionen Euro im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung der Rücklagenbewegungen und der 2024 ausgeschütteten Dividenden in Höhe von 13,0 Millionen Euro beträgt per 31. Dezember 2024 der Bilanzgewinn 35,3 Millionen Euro gegenüber 13,0 Millionen Euro im Vorjahr.

Kennzahlen zur Ertragslage	2023	2024
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)	20,0 Mio.	39,4 Mio.
Ergebnis vor Steuern + Zinsen	Euro	Euro
Umsatzrentabilität	7,5 %	15,0 %
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT/Umsatzerlöse)		
Eigenkapitalrentabilität	4,7 %	9,1 %
Ergebnis vor Steuern/durchschnittliches Eigenkapital		
Gesamtkapitalrentabilität	3,0 %	5,6 %
EBIT/durchschnittliches Gesamtkapital		

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Das Volumen der getätigten Investitionen in das Anlagevermögen betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 79,3 Millionen Euro. Davon entfielen 0,9 Millionen Euro auf immaterielles Anlagevermögen, 76,5 Millionen Euro auf Sachanlagen und 1,9 Millionen Euro auf Finanzanlagen. Die Investitionen in Sachanlagen betrafen vor allem folgende gesondert nennenswerte Großprojekte: Teilneubau des Trinkwasserstollens Mühlau (Wasserversorgung), Errichtung des Einleitungskanals Stubai (Abwasserentsorgung), Errichtung des Umspannwerks Ost (Stromnetz), Errichtung des Rechenzentrums im Umspannwerk Ost (Telekommunikation) und Errichtung von Grundwassernutzungsanlagen (Energieservices) sowie diverse Leitungsverlegungen.

Das Umlaufvermögen sank gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 7,6 Millionen Euro. Die Vorräte verringerten sich in Summe um 0,6 Millionen Euro. Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen war hingegen ein Anstieg um 10,5 Millionen Euro zu verzeichnen. Davon entfielen rund 20,9 Millionen Euro auf Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon aus Abschlagsleistung TIWAG: 20,0 Millionen Euro). Es sanken um 8,1 Millionen Euro hingegen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Forderungen und die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus dem laufenden Ergebnis, aus Investitionsaktivitäten sowie aus den Finanzierungstätigkeiten (inklusive Ausschüttungen) gingen die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 61,1 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr um 17,5 Millionen Euro zurück. In diesen Guthaben bei Kreditinstituten enthalten sind 34,6 Millionen Euro aus dem saldierten Stand des konzernweiten Cash-Pooling.

Die Bilanzsumme der IKB beträgt 720,3 Millionen Euro gegenüber 686,9 Millionen Euro im Vorjahr. Das Eigenkapital erreicht mit 423,9 Millionen Euro einen Anteil von 58,9 Prozent am Gesamtkapital.

Die Rückstellungen belaufen sich zum 31. Dezember 2024 auf 50,3 Millionen Euro gegenüber 57,4 Millionen Euro im Vorjahr. Der wesentliche Teil davon entfällt auf die sonstigen Rückstellungen, welche von 48,2 Millionen Euro im Vorjahr um 7,6 Millionen Euro auf 40,6 Millionen Euro zurückgingen. Hier wird im Jahresabschluss 2024 für drohende Rückzahlungen aus vergangenen Preiserhöhungen im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb noch eine Rückstellung in Höhe von 8,9 Millionen Euro ausgewiesen. Im Vorjahr belief sich diese auf 16,5 Millionen Euro. Der durchschnittliche Rechnungszinssatz für die Abzinsung langfristiger Rückstellungen wurde entsprechend der jeweiligen Restlaufzeiten der allgemeinen Zinsentwicklung folgend erhöht. Die Steuerrückstellungen wurden angesichts der aktuellen steuerlichen Situation in der IKB-Steuergruppe im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Millionen Euro aufgestockt.

Die Verbindlichkeiten stiegen mit 31. Dezember 2024 in Vergleich zum Vorjahr um rund 15,5 Millionen Euro. Wesentlichen Anteil daran haben erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen, diese stiegen um 5,0 Millionen Euro, was auf eine erhaltene Mietvorauszahlung im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Rechenzentrums UW Ost zurückzuführen ist. Nennenswert erhöht haben sich auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 3,8 Millionen Euro, die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft bei Kreditinstituten belaufen sich zum 31. Dezember 2024 auf 12,3 Millionen Euro. Dieser Schuldenstand entfällt auf langfristige Darlehen bei Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab im Geschäftsjahr 2024 einen Zufluss von 59,6 Millionen Euro. Der Cashflow aus Investitionsaktivitäten belief sich 2024 auf -69,6 Millionen Euro und der Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten auf -7,5 Millionen Euro.

In Summe verringerte sich damit der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um 17,5 Millionen Euro auf 61,1 Millionen Euro.

Vermögens- und Finanzlage	2023	2024
Anlagenintensität Anlagevermögen/Gesamtvermögen	78,3 %	80,4 %
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Gesamtkapital	57,6 %	58,9 %
Verschuldungskoeffizient Fremdkapital/Eigenkapital	73,7 %	69,9 %

RISIKOBERICHT UND FINANZINSTRUMENTE

Die IKB ist aufgrund ihrer vielfältigen Geschäftsbereiche unterschiedlichen operativen und strategischen Risiken ausgesetzt, die ein systematisches und kontinuierliches Risikomanagement erforderlich machen. Risikomanagement wird in der IKB gleichzeitig auch als Chancenmanagement gesehen. Oberstes Ziel des Risiko- und Chancenmanagements der IKB ist das Sichern bestehender und das Erschließen zukünftiger Ertragspotenziale. Wobei es nicht nur darum geht, Risiken zu vermeiden, sondern diese auch bewusst und im Einklang mit der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen einzugehen, um unternehmerische Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen und gleichzeitig die damit einhergehenden Risiken zu managen.

Das von der IKB betriebene unternehmensweite Risikomanagementsystem wird beständig weiterentwickelt und, soweit erforderlich, der Risikokatalog laufend aktualisiert. Die Rahmenbedingungen des IKB-Risikomanagements sowie der operative Ablauf der Risikomanagementaktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2024 nach ÖNORM ISO 31000:2018 fortgeführt. Die unternehmensweit identifizierten Risiken werden in Risikolandkarten dokumentiert und den verantwortlichen Risikoeignern zugewiesen. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der Leitung der jeweiligen Unternehmenseinheiten. Ziel ist eine aktive, frühzeitige Identifizierung, Bewertung, begleitende Überwachung und angemessene Bewältigung der wesentlichen, sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirkenden, realen, latenten und potenziellen Risiken.

Als Betreiber einer systemkritischen Infrastruktur trägt das Unternehmen eine besondere Verantwortung. Mittels etablierten Risikomanagements und eines proaktiven Krisenmanagements wird im Anlassfall besonderen Herausforderungen begegnet. Neben den branchenüblichen Risiken und Ungewissheiten ist das Risikoprofil der IKB vor allem durch rechtliche, regulatorische und politische Herausforderungen und Veränderungen im Wettbewerbsumfeld geprägt. Diese betreffen die mittelfristige Entwicklung des Gesamtunternehmens und werden mit einem strukturierten Strategieprozess und den daraus abgeleiteten Geschäftsfeldstrategien gesteuert. In einem jährlich wiederkehrenden Strategieprozess wird die Ausrichtung des Unternehmens und der einzelnen Geschäftsbereiche überprüft und werden Anpassungen und Neuausrichtungen vorgenommen. Diese strategischen Vorgaben fließen in die operative Planung und Steuerung ein.

Innerhalb der schwer prognostizierbaren globalen Entwicklungen stellt die europäische bzw. österreichische politische Ausrichtung hinsichtlich einer langfristigen Klima-, Dekarbonisierungs- und Energiepolitik den Rahmen für die Unternehmensstrategie dar. Die IKB verfolgt weiterhin den Ausbau erneuerbarer Energien im Rahmen von sinnvoll ausgestatteten Förderregimen sowie eine angemessene Verzinsung der Netzanlagen im regulierten Bereich. Ein Verlust der Planungssicherheit würde Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Anpassung der Geschäftsmodelle zwingen und das Unternehmen mittelfristig vor neue Herausforderungen stellen.

Das Geschäftsjahr 2024 war weiterhin von energiewirtschaftlichen Risiken sowie öffentlichen und politischen Diskussionen über die Höhe der Strompreise geprägt. Ergebnis dieser Diskussionen ist vordergründig ein erheblicher Verlust des guten Rufs der gesamten Branche, Unsicherheit über die Durchsetzbarkeit von Preisen sowie eine Verunsicherung der Kund:innen. Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene stellen weiterhin ein im Ausmaß unsicheres Risiko in Bezug auf die langfristige Unternehmensentwicklung dar. Potenzielle Auswirkungen auf das Unternehmen werden daher laufend evaluiert.

Operationale Risiken, Geschäfts- und Ereignisrisiken werden unternehmensweit erfasst und bewertet, Gegenmaßnahmen werden – soweit erforderlich – festgelegt. Im Allgemeinen begegnet die IKB betrieblichen Risiken mit systematischen Schulungs- und Qualifikationsprogrammen, mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Technologien sowie einer regelmäßigen Wartung der Anlagen und Netze. Darüber hinaus sind versicherbare Risiken in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang durch entsprechende Versicherungsverträge abgedeckt.

Neben den Risiken aus schwankenden Erzeugungsmengen stellt auch die Entwicklung der Strompreise einen wesentlichen Risiko- bzw. Chancenfaktor für die IKB dar. Gegenüber den Jahren 2022 und 2023 stabilisierte sich die Lage am Strommarkt, was sich in niedrigeren Strompreisen und geringeren Strompreisschwankungen widerspiegelt. In Bezug auf die Energiebeschaffung werden diesbezüglich längerfristige Beschaffungsstrategien angewandt, um kurzfristige Auswirkungen von Energiepreisstegungen für die Kund:innen reduzieren zu können. Laufendes Marktmonitoring und Preisabsicherungen wirken den Beschaffungsrisiken entgegen. Die IKB selbst tätigt keinerlei Handel an den Energiebörsen. In der Energiebeschaffung stellen Mehr- oder Minderverbräuche im Gesamtportfolio oder bei einzelnen Großkund:innen sowie der kurzfristige Zukauf von Ökostrom über dem Marktpreis Risiken dar. Erlösseitig ergeben sich Risiken unter anderem durch die Einflussfaktoren Witterung, Ausfälle von Kundenzahlungen und Kundenverlust durch Lieferantenwechsel. Durch zeitnahes Monitoring der Außenstände, straffes Mahn- und Inkassowesen, Eingehen vorteilhafter Beschaffungsstrategien sowie gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition oder die Einführung neuer Produkte werden diese Risiken reduziert.

Die IKB setzt Finanzanlagen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als originäre Finanzinstrumente ein. Seinerzeit schloss die IKB Cross-Border-Leasing-Transaktionen (CBL) ab. Diese CBL-Transaktionen wurden vorzeitig beendet, damit verbunden gewesene (Rest-)Risiken fielen weg. In diesem Zusammenhang wurden nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“), bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken sowie die zur Rückführung und Finanzierung dieser Kredite eingerichteten Depots, auf die IKB übertragen. Die jeweiligen Depots tilgen die Kredite nun direkt im Namen der IKB. Die in die Bilanz aufgenommenen Werte für diese Finanzierungen und spiegelgleiche Depots notieren in US-Dollar. Es verbleibt das vergleichsweise überschaubare Bonitätsrisiko der beiden europäischen Depotbanken.

Mit der kontinuierlichen Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken im Management des Energieportfolios beschäftigt sich ein Strategiekomitee bzw. im Finanzbereich ein Beirat mit der systematischen Bearbeitung dieser spezifischen Unternehmensrisiken.

Das bei der IKB eingerichtete Risikomanagementsystem beschäftigt sich mit potenziell bestandsgefährdenden Risiken auf Ebene des Gesamtunternehmens und ist folglich stark auf die Zukunft ausgerichtet. Im Rahmen des Risikomanagements kommt dem internen prozessbezogenen Kontrollsystem (IKS) der IKB eine besondere Rolle zu. Dieses IKS der IKB ist in die Kernprozesse und Arbeitsabläufe des Unternehmens integriert, dadurch sollen Fehler verhindert bzw. zeitgerecht aufgedeckt und korrigiert werden. Damit wird sichergestellt, dass relevante Geschäftsprozesse und deren wesentliche Risiken erfasst sind und Risiken durch entsprechende Kontrollen minimiert werden. Mit diesem IKS verfügt die IKB über eine strukturierte Kontrolle der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Tätigkeiten und die Einhaltung der für die IKB wesentlichen Vorschriften.

Die interne Revision prüft die Abwicklung der Geschäftsprozesse sowie das IKS. Die einzelnen Prüfungen erfolgen auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramms und werden um Sonderprüfungen ergänzt. Die Revisionsberichte umfassen Empfehlungen und Maßnahmen, eine periodische Nachverfolgung stellt die Umsetzung vorgeschlagener Verbesserungen sicher.

Im Risikomanagementsystem der IKB wurden im Berichtszeitraum keine wesentlichen Risiken und Ungewissheiten identifiziert, die für die folgenden Geschäftsjahre isoliert oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken bestandsgefährdende Auswirkungen für die IKB haben. Zur Abwendung von gegenwärtigen Risikoszenarien wurden ausreichend Vorkehrungen getroffen.

NACHHALTIGKEIT: UMWELT – PERSONAL

Die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ist seit jeher ein klarer Auftrag der Eigentümerinnen an die IKB. Eine ausgewogene Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte prägt seit Jahren das Handeln der IKB und ist in der Satzung des Unternehmens verankert. Als das Ver- und Entsorgungsunternehmen Innsbrucks zeichnet die IKB für eine langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge verantwortlich. Um die hohe Umwelt- und Lebensqualität in der IKB-Region aufrechtzuerhalten, wird laufend in innovative und moderne Infrastruktur investiert. Die dafür nötigen Investitionen und Instandhaltungen werden nicht hintangehalten, um kurzfristig Gewinn zu maximieren. Dabei wird dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entsprechend Rechnung getragen.

Die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit hat in der IKB einen hohen Stellenwert. Nachhaltigkeit ist damit in der Unternehmensstrategie verankert und wird nach innen und nach außen gelebt. Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu sichern. So leistet die IKB ihren Beitrag, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten.

Ein eigenes Nachhaltigkeitsmanagement ist dafür verantwortlich, nachhaltige Themen in der IKB zu verankern und voranzutreiben. Um die Nachhaltigkeitsthemen für die IKB zu definieren, wurde eine Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt und wurden verschiedenste Personenkreise dazu befragt. Diese wesentlichen Themen der nachhaltigen Entwicklung wurden ermittelt, um darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen zu setzen, die im Nachhaltigkeitsprogramm verankert wurden. Dieses wird laufend evaluiert und erweitert. Der unternehmensweite Corporate Carbon Footprint ermöglicht es, den CO₂-Ausstoß zu beobachten, um die langfristigen Ziele zu erreichen.

Die IKB hat folgende vier Topthemen für Nachhaltigkeitsschwerpunkte mittels Durchführung einer Wesentlichkeitsanalyse ermittelt und festgelegt: „Klimaschutz: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“, „Langfristiger Erhalt der Infrastruktur und der Versorgungssicherheit“, „Naturschutz und Anpassung an die Klimakrise“ sowie „Ressourcen und Kreislaufwirtschaft“.

Die IKB bekennt sich klar zum Klimaschutz. Daher erzeugt sie ihren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen und will mit ihren eigenen Anlagen einen bedeutenden Beitrag zu den Klimazielen der IKB leisten. Innovative Lösungen ermöglichen auch bei Kundenanlagen, CO₂ einzusparen. So tragen alle Geschäfts- und Servicebereiche zum Klimaschutz bei.

Um den hohen Versorgungsstandard zu sichern, werden Wasserleitungen, Kanäle, Internet- und Stromkabel sowie Kraftwerke und Anlagen in gutem Zustand gehalten und sukzessive ausgebaut. Wichtig ist auch, die Strom- und Wasserversorgung in Notfällen aufrechtzuerhalten.

Die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf die Natur sind bereits spürbar und werden in Zukunft besonders den Alpenraum massiv treffen. Die IKB passt ihre Strategien an diese Veränderungen in der Natur an. Darüber hinaus ist aktiver Naturschutz ein zentrales Thema.

Die IKB ist eine Partnerin, um die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft in Innsbruck entscheidend zu fördern. Dabei gilt es, zwei Kreisläufe zu schließen: Durch Recycling und Wiederverwertung sollen Materialien mehrfach genutzt werden. Darüber hinaus gilt es, Material generell einzusparen, um die Umwelt zu entlasten.

Die Top-Nachhaltigkeitsthemen wurden ausgehend von der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie mit entsprechenden Nachhaltigkeitszielen und konkreten Maßnahmen unterlegt. Auch im Jahr 2024 wurde das Nachhaltigkeitsmaßnahmenprogramm konsequent umgesetzt, und über dieses wird unter Bezugnahme auf die Standards der Global Reporting Initiative (GRI) berichtet. Während die ökonomischen Aspekte in anderen Teilen des Lageberichts umfassend dargelegt werden, ist das Nachhaltigkeitsprogramm der IKB samt Maßnahmen im Detail dem aktuellen Nachhaltigkeitsbericht zu entnehmen. Dieser Bericht orientiert sich neben den Standards der GRI auch an den von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Sustainable Development Goals“, die eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene anstreben.

Zur Stärkung des Nachhaltigkeitsmanagements innerhalb der IKB wurde ein Nachhaltigkeitsbeirat gegründet. Dieser ist nicht weisungsgebunden und übernimmt eine beratende Funktion für den Vorstand. Die Hauptaufgaben des Beirats sind, die Nachhaltigkeitsaktivitäten der IKB zu bewerten und neue Ideen sowie konkrete Empfehlungen einzubringen. Dazu finden regelmäßige Sitzungen statt.

Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Klimawandel betreffen den IKB-Konzern zunehmend. Sowohl auf Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene sind derzeit entsprechende Regelungen und Gesetze in Ausarbeitung. Der Konzern bereitet sich bereits auf diese zukünftigen Anforderungen vor. Um die Vorgaben an die zukünftig verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu erfüllen, wurde mit dem Projekt „KonKlima“ („Konzern nachhaltig und klimafit“) eine umfassende konzernweite Initiative gestartet und eine organisatorische Einheit zur Umsetzung sämtlicher Nachhaltigkeitsthemen etabliert.

Die IKB hat sich seit ihrer Gründung über mehrere Entwicklungsphasen vom monopolorientierten Stadtwerk für Innsbruck zu einem breit aufgestellten (diversifizierten) Infrastrukturdienstleistungsunternehmen mit hoher Ertragskraft entwickelt, das zunehmend seine Geschäftsaktivitäten auch am freien Markt in ganz Tirol unternimmt. Die IKB-Vision lautet: „Wir wollen die führende Anbieterin von (kommunalen) Energie- und Infrastrukturösungen aus einer Hand und das kundenfreundlichste Unternehmen in Tirol werden.“ Wir verbinden Ökologie und Ökonomie. So schaffen wir Lebensqualität und sichern den Wirtschaftsstandort für die nächsten Generationen. Die aus dieser Vision abgeleiteten strategischen Ziele für die IKB lassen sich in folgende fünf Zielfelder einteilen: Kundinnen und Kunden, Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Innovation, Eigentümerinnen und Wertschöpfung sowie Team. Zu diesen Kategorien/Perspektiven wurden konkrete Ziele und Maßnahmen entwickelt und in der IKB-Dachstrategie verankert. Sämtliche Geschäftsbereiche leisten zu diesen Schwerpunktthemen ihre Beiträge. Um diese Vision zu realisieren, wird die Unternehmensstrategie laufend überprüft und gegebenenfalls an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Im Rahmen des Strategiereviews 2024 wurde die schlüssige und durchgängige Verbindung von den strategischen Zielen der Dachstrategie zu den strategischen Zielen und Schwerpunkten der Bereichsstrategien wiederum fortgeführt.

Die Inhalte der Dachstrategie wurden im diesjährigen Strategiereview nicht verändert. Die zum Zwecke der besseren Steuerbarkeit entwickelten Portfolios der Initiativen wurden aktualisiert. Der quartalsweise Monitoringprozess wurde weitergeführt und um eine Portfoliositzung zu den strategischen Initiativen ergänzt. Im Zuge dieser Sitzungen wird der Umsetzungsfortschritt der strategisch hoch relevanten Initiativen evaluiert und gesteuert.

Auf Konzernebene wurde 2024 im Rahmen des Projekts „KonKlima“ die in Zukunft auch für die Unternehmensstrategie der IKB relevante sogenannte „doppelte Wesentlichkeit“ für Nachhaltigkeitsthemen fertiggestellt. Die Ergebnisse daraus werden im Strategieprozess 2025 in die Unternehmensstrategie eingearbeitet.

Zum Schwerpunkt „Forcierung Digitalisierung (intern und extern)“ wurde ein eigenes Programmmanagement eingerichtet, in dem die hoch priorisierten Projekte integriert sind. Zentrale Vorhaben aus den Bereichen Informationstechnologie (IT), Operational Technology (OT) und Telekommunikation werden nunmehr in einer Programmlogik geführt und gesteuert. Die strategisch sehr wichtige „Digitalisierungsroadmap“ wurde als Grundlage für eine schrittweise priorisierte Umsetzung vom Geschäftsbereich Informationstechnologie weiter präzisiert und aktualisiert. Diese dient als Grundlage für eine schrittweise und priorisierte Umsetzung der zahlreichen Digitalisierungsvorhaben.

Digitale Transformation, demografische Rahmenbedingungen, Klimawandel und gesellschaftliche und globale Veränderungen wie Pandemie, Krieg in Europa und die damit verbundenen intensiven Dynamiken in der Energiewirtschaft beeinflussen Arbeits- und Berufsleben sowie die Personalpolitik grundlegend. In Zeiten dieser massiven Umbrüche erfordert es eine flexible, aber auch langfristige Strategie in der Personalpolitik als regionaler Leitbetrieb und als attraktive Arbeitgeberin.

Die Mitarbeiter:innen der IKB sind der zentrale Erfolgsfaktor und bilden die Grundlage für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Ihr Engagement und ihr unternehmerisches Handeln ermöglichen eine laufende Weiterentwicklung und die Umsetzung der IKB-Strategie. Im Bewusstsein für ihre große strategische Bedeutung positioniert sich die IKB ihnen gegenüber als verantwortungsvolle, faire und attraktive Arbeitgeberin. Förderung von Diversität und Chancengleichheit, das Forcieren von Aus- und Weiterbildung und ein vielseitiges und lukratives Angebot an Aufgaben in einer modernen Arbeitswelt stehen für den Anspruch der IKB als eine der größten und krisensichersten Arbeitgeber:innen der Region. Respekt, Wertschätzung und Fairness stellen die Säulen eines guten Arbeitsklimas und Miteinanders dar, um auch in schwierigen Zeiten in spannenden und sinnstiftenden Tätigkeitsfeldern und innovativen Projekten die neuen Herausforderungen der Energiezukunft zu gestalten.

Das Rekrutieren und Halten qualifizierten Personals stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung für die IKB dar. Zu deren Bewältigung wurde ein Prozess aufgesetzt, der darauf abzielt, eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der Menschen gerne und mit Freude gut arbeiten. In diesem Zusammenhang wurden Maßnahmen entwickelt, mittels derer die Attraktivität der IKB als Arbeitgeberin weiter gesteigert werden soll. Auch werden periodisch wiederkehrende Mitarbeiterbefragungen durchgeführt und aufbauend auf deren Ergebnissen Rückschlüsse gezogen und bedarfsorientiert weitere Maßnahmen gesetzt, um die Zufriedenheit der Belegschaft auf hohem Niveau zu halten.

Der generelle Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist auch im Recruiting der IKB deutlich spürbar. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen, die durch eine im Unternehmen bevorstehende Pensionierungswelle in den nächsten Jahren weiter verstärkt werden, liegt ein aktueller und zukünftiger Schwerpunkt in der Personalarbeit im Recruiting neuer Mitarbeiter:innen. Im Jahr 2024 konnten 75 neue Mitarbeiter:innen als Stammpersonal in der IKB eingestellt werden.

Die professionelle Zusammenarbeit der Führungskräfte auf allen Ebenen bildet die fundamentale Voraussetzung, um die ehrgeizigen strategischen Ziele zu erreichen. Die IKB-Führungsgrundsätze bauen auf den Werten der IKB auf und beschreiben, welche Verhaltensweisen für eine erfolgreiche und wirksame Führung wichtig sind. Darauf baut das Führungskräfteentwicklungsprogramm der IKB auf. Alle Mitarbeiter:innen sind dabei aufgefordert, sich aktiv einzubringen, Veränderungen mitzugestalten und gemeinsam mit dem Unternehmen neue Wege zu beschreiten.

Forschung und Entwicklung im engeren Sinne betreibt die IKB keine. Bei Forschung und Entwicklung steht der anwendungsorientierte Ansatz bei der IKB im Vordergrund. Trends in sich verändernden Märkten werden laufend beobachtet, um Innovationen rasch aufgreifen und den Kund:innen innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können bzw. die bestehende Produktpalette stetig weiterzuentwickeln.

Zweigniederlassungen: Die IKB hat keine im Firmenbuch eingetragenen Zweigniederlassungen.

AUSBLICK

Die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft sind nach wie vor schwierig. Unsicherheit beherrscht das wirtschaftliche Umfeld. Trotz dieser Rahmenbedingungen wuchs die Weltwirtschaft laut Internationalem Währungsfonds (IWF) 2024 mit +3,2 Prozent. Dieser Wert liegt unter jenen Werten der Jahre 2022 und 2023 sowie dem langjährigen Durchschnitt. Für 2025 prognostiziert der IWF ein Weltwirtschaftswachstum von ebenfalls +3,2 Prozent, und auch für die Jahre danach geht der IWF von nicht wesentlich höheren Wachstumsraten aus. Die Ursachen sind in den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine und in weiteren Krisen zu sehen. Im Hinblick auf die hohe Inflation der vergangenen Jahre ist zwar eine Erleichterung zu verzeichnen, diese geht allerdings nur langsam voran. Weltweit betrachtet ging die Inflation nach dem Rekordwert von 8,6 Prozent im Jahr 2022 auf 6,7 Prozent im Jahr 2023 zurück und fiel 2024 auf 5,8 Prozent. Für das Jahr 2025 wird eine Inflation von 4,3 Prozent prognostiziert – ein Wert, der sich langsam den Inflationsraten von vor der COVID-19-Krise annähert. Für den Euroraum wird für 2025 eine Inflation von knapp über 2 Prozent erwartet.

In Österreich soll die Inflation von rund 2,9 Prozent im Jahr 2024 auf 2,9 Prozent im Jahr 2025 verharren. Die österreichische Wirtschaft befindet sich inzwischen in der längsten Rezession der Zweiten Republik. Im Jahr 2024 stagnierte, trotz kräftig gewachsener Realeinkommen, der Konsum der privaten Haushalte. Die geringe Dynamik der europäischen Wirtschaft, die zurückliegenden Energie- und Lohnkostensteigerungen, die hohen Finanzierungskosten und Baupreise sowie die globale Unsicherheit drückten auf die Investitionstätigkeit. Laut WIFO dürfte die Konjunktur in der EU ab der Jahresmitte wieder an Schwung gewinnen und die Exportnachfrage etwas anziehen. Damit sollte auch die österreichische Wirtschaft die hartnäckige Rezession überwinden und auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Die für das zweite Halbjahr erwartete Konjunkturaufhellung wird allerdings nicht ausreichen, um im Gesamtjahr 2025 ein BIP-Wachstum zu erzielen. Das WIFO erwartet einen neuerlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent. Die schwache Konjunktur und die Folgen der Inflation belasten die öffentlichen Haushalte, das öffentliche Budgetdefizit entfernt sich zunehmend von den Maastricht-Vorgaben. Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden aufgrund der schwachen Konjunktur und des hohen Fehlbetrags unumgänglich, vor diesem Hintergrund dürfte der mittelfristige budgetäre Spielraum gering ausfallen.

Seit Jahren beschäftigt Europa die Energiewende, also der Umbau des gesamten Energiewirtschaftssystems von fossilen oder atomaren Energieträgern hin zu den sogenannten „Erneuerbaren“ – also umweltfreundliche, regenerative und CO₂-freie Energien wie Wasserkraft, Sonne, Wind oder Biomasse. Die Dekarbonisierung, die Digitalisierung und der demografische Wandel führen zu strukturellen Veränderungen, und die Herausforderungen für die Transformation des europäischen Energiesystems haben sich damit schlagartig vergrößert. Dieser eingeleitete Transformationsprozess der Energiemärkte – zusammengefasst unter den Schlagworten Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung – ist im Gange und ergibt in Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld.

Zentrales Vorhaben des bereits 2019 vorgestellten EU-Green-Deals – des zentralen europäischen Strategiedokuments für Energie und Klimapolitik – ist die Anhebung der Klimaambitionen der EU für 2030 und für 2050. In einem umfassenden Legislativpaket „Fit for 55“ hat die EU-Kommission die Umsetzung und die Ausgestaltung des Zielpfads für die angestrebte Treibhausgasreduktion weiter detailliert ausgeführt. Auf Basis dieser Beschlüsse findet ein Umbau des bestehenden Energiesystems statt. Es werden die Sektoren Elektrizität, Wärme- und Kälteversorgung sowie Verkehr in einem zunehmend erneuerbaren Energiesystem immer mehr miteinander vernetzt.

Auf Basis der Beschlüsse des Klimagipfels von Paris wurde das „Clean Energy Package“ der EU abgeschlossen, welches den allmählichen Wandel zu einer CO₂-neutralen EU-Wirtschaft bis 2050 beinhaltet. Zentrale Elemente dafür sind sowohl die Effizienzsteigerung als auch die Dekarbonisierung von Raumklimatisierung, Industrie und Verkehr.

Über neu definierte Marktteilnehmer:innen wie Prosumer, lokale Energiegemeinschaften und Aggregatoren soll der Wandelprozess auch hin zur Dezentralisierung beschleunigt werden. Dekarbonisierung ist ein zentrales Instrument des Klimaschutzes und ein Hauptpfeiler der Energiewende.

Der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) Österreichs orientiert sich an diesen Zielen der EU. Österreich hat sich damit zum Ziel gesetzt, ab 2030 den Strombedarf (bilanziell über das Jahr gerechnet) ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern zu decken, und strebt ab 2040 Klimaneutralität an. Zur Erreichung dieser Ziele sind hohe Investitionen in den Ausbau der Erzeugungskapazitäten genauso wie in die Netzinfrastruktur notwendig. Der NEKP enthält eine Reihe von Maßnahmen, von denen vor allem die E-Mobilitätsinitiative und Ladeinfrastruktur, erneuerbare Wärme, thermische Gebäudesanierung, das Photovoltaikausbauprogramm sowie Dezentralisierung und Digitalisierung für die IKB von höherer Bedeutung sind.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) hat zum Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien an der österreichischen Stromproduktion bis 2030 auf 100 Prozent zu steigern und bis 2040 die Klimaneutralität des Landes zu erreichen. Mit dem EAG sollen der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie vorangetrieben und dafür die rechtlich verbindlichen Rahmenbedingungen und – indem zentrale Fragen der Förderung der erneuerbaren Energien geregelt werden – auch die notwendige Investitionssicherheit geschaffen werden.

Das energiewirtschaftliche Umfeld bleibt damit für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd. Aufgrund der Bedeutung des Strom- und Energiegeschäfts im Gesamtportfolio der Unternehmensaktivitäten ist die IKB von den sich noch verstärkenden Veränderungen in diesen Märkten betroffen.

Die Entwicklung des IKB-Ergebnisses hängt maßgeblich von folgenden Faktoren ab: den Großhandelspreisen für Strom, der Eigenerzeugung aus Wasserkraft und der weiteren energiewirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus können sich gesetzliche oder regulatorische Änderungen und rechtliche Unsicherheiten in Bezug auf Strompreisanpassungen negativ auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Im Hinblick auf die nach wie vor angespannte Energiesituation, die geopolitischen Unsicherheiten, die Gefahr von regulatorischen Eingriffen und die hohe Volatilität der wesentlichen Einflussfaktoren auf das IKB-Ergebnis ist der Ausblick für die IKB mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

Die Rohstoffpreise lagen 2024 durch die Beruhigung der Märkte deutlich unter jenen des Vorjahres. Ursachen dafür waren unter anderem die konjunkturbedingte Nachfrageschwäche sowie eine gute Versorgungslage bei Erdgas. Die sinkenden Rohstoffpreise führten des Weiteren zu einer Preisreduktion am Stromgroßhandelsmarkt.

Die spezifischen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die IKB lassen sich als durchwachsen positiv beschreiben. Insgesamt betrachtet haben sich die Großhandelspreise für Strom in Europa erholt, wovon die IKB mit ihrer stabilen und umweltfreundlichen Stromerzeugung aus Wasserkraft profitieren kann. Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Risiken (Preissteigerungen, rechtliche Unsicherheiten, Markteingriffe) gestiegen. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sind aktuell nur schwer einschätzbar.

Das Strompreisniveau stellt einen wesentlichen Werttreiber für die wirtschaftliche Entwicklung der IKB dar. Von der IKB wird der Strom, welcher nicht in den eigenen Wasserkraftwerken erzeugt werden kann, beim Landesenergieversorger TIWAG gemäß der zugrundeliegenden Beschaffungsstrategie (Back-to-Back oder rollierende Beschaffung) zugekauft.

Im Strom-Netz-Bereich hat mit 1. Jänner 2024 die fünfte Regulierungsperiode, in deren Rahmen die Kosten der Stromverteilnetzbetreiber:innen – wie in der Vergangenheit – jährlich auf Basis einer Kostenüberleitung festgestellt werden, begonnen. Auch für diese fünfte Regulierungsperiode sieht die Behörde neben einer

generellen Zielvorgabe, welche die sektorale Produktivitätsentwicklung abbilden soll, auch eine individuelle Zielvorgabe vor. Die unternehmensindividuellen Zielvorgaben basieren dabei auf einem relativen Effizienzvergleich (Benchmarking), den die Behörde analog zu den vorigen Regulierungsperioden durchführt.

Noch nicht beschlossen wurde die Novelle des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EiWOG) zur Umsetzung des Clean Energy Package. Nach Jahren intensiver Diskussion soll das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EiWG) nach Angaben der neuen Bundesregierung noch vor dem Sommer in Kraft treten – ein Meilenstein und zwingend notwendig für die Transformation des österreichischen Energiesystems. Das EiWG bildet die rechtliche Grundlage für die Zukunft der Stromversorgung in Österreich. Es setzt wichtige EU-Vorgaben um und schafft den regulatorischen Rahmen, um die Transformation des Stromsystems zu gewährleisten, den bevorstehenden Erneuerbaren-Ausbau samt Speichern und Netzinfrastuktur erfolgreich zu bewältigen, neue Akteur:innen in das System einzubinden und in einigen wichtigen Bereichen Rechtssicherheit herzustellen. Auch das Klimaschutzgesetz, das regeln soll, wie stark Bund und Länder ihre Treibhausgasemissionen senken müssen, wird erst noch erwartet.

Das Stammgeschäft stellt weiterhin eine wesentliche Ertragsstütze dar, neue Themenstellungen finden gezielt Eingang in die Strategie des Unternehmens. Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur sowie der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energie erfordern in den nächsten Jahren erhebliche Investitionsvolumina, ein entsprechend hohes Investitionsprogramm ist für 2025 geplant. Dies bedingt dementsprechende Jahresergebnisse, eine ausreichende Eigenkapitalstruktur und Cashflows, die für die Innenfinanzierung Verwendung finden müssen. Gleichzeitig stehen diese Erfordernisse im Spannungsfeld einer leistbaren Daseinsvorsorge in der Stadt Innsbruck.

Aufgrund des risikoaversen Geschäftsmodells der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen und auch der finanziellen Kraft des Unternehmens ist zu erwarten, dass die IKB sich weiter zu einer führenden Anbieterin von Energielösungen und kommunaler Infrastruktur in Tirol entwickelt. Die zunehmende Verknappung des Arbeitsmarkts bringt dabei einen hohen Wettbewerbsdruck um qualifizierte Facharbeitskräfte mit sich.

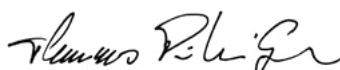
Angesichts gestiegener gesamtwirtschaftlicher und energiewirtschaftlicher Risiken werden die kommenden Jahre für die IKB weiterhin durch herausfordernde energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen gekennzeichnet sein. Dem wird die IKB mit der konsequenten Fortführung der eingeschlagenen Strategie begegnen. Die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Geschäftsbereichen bleibt zentrale Aufgabe der IKB und des Konzerns. Im Mittelpunkt stehen weiterhin eine konsequente Kundenorientierung und der Ausbau von Geschäftsaktivitäten auf Basis organischen Wachstums und mit Fokus auf die Kernkompetenzen des Unternehmens.

Das risiko- und krisenaverse Geschäftsmodell der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen über zahlreiche Wertschöpfungsebenen hat sich insgesamt bestens bewährt. Die Streuung der Geschäftsaktivitäten wirkt für die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens stabilisierend. Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf ist aktuell trotz schwierigerer und unsicherer Rahmenbedingungen auch weiterhin von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens auszugehen.

Innsbruck, am 25. April 2025
Der Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	8.369.703,25	9.724
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	335.398,86	156
	8.705.102,11	9.880
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	160.224.801,82	117.451
2. Technische Anlagen und Maschinen	357.238.743,21	337.130
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.919.550,79	8.304
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	27.289.911,66	50.101
	553.673.007,48	512.986
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.834.088,25	12.510
2. Beteiligungen	1.535.798,83	1.397
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	1.397.234,15	1.253
	16.767.121,23	15.160
	579.145.230,82	538.026
B. UMLAUFTERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.979.883,68	3.502
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	1.780.951,30	1.886
	4.760.834,98	5.388
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 57.380.161,03 (VJ TEUR 54.556)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 17.707.669,23 (VJ TEUR 10.025)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.283.056,30	32.414
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 24.283.056,30 (VJ TEUR 32.414)		
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	5.709.673,57	6.555
davon Steuerumlage EUR 680.965,55 (VJ TEUR 716)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 4.667.318,57 (VJ TEUR 5.899)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.042.355,00 (VJ TEUR 657)		
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.889.691,03	956
davon Steuerumlage EUR 168.137,67 (VJ TEUR 135)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 14.014.691,03 (VJ TEUR 956)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 7.875.000,00 (VJ TEUR 0)		
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	23.205.409,36	24.656
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 14.415.095,13 (VJ TEUR 15.288)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 8.790.314,23 (VJ TEUR 9.369)		
	75.087.830,26	64.581
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	61.123.695,83	78.641
	140.972.361,07	148.610
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	204.750,83	256
SUMME AKTIVA	720.322.342,72	686.892

PASSIVA	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	4.036,99	4
2. Nicht gebundene	196.785.556,60	193.428
	196.789.593,59	193.432
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	995.962,72	996
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	180.854.416,32	178.005
	181.850.379,04	179.001
IV. Bilanzgewinn		
davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
	35.283.891,70	13.000
	423.923.864,33	395.433
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	50.024.629,51	53.299
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	49.873.044,35	50.582
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	5.760.889,00	5.328
2. Rückstellungen für Pensionen	3.724.532,00	3.849
3. Steuerrückstellungen	208.292,00	23
4. Sonstige Rückstellungen	40.577.013,79	48.191
	50.270.726,79	57.391
E. VERBINDLICHKEITEN		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 125.656.260,77 (VJ TEUR 101.588)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 13.712.004,75 (VJ TEUR 22.304)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.276.339,34	11.207
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 215.455,33 (VJ TEUR 655)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 12.060.884,01 (VJ TEUR 10.552)		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.562.947,74	2.552
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 7.174.213,28 (VJ TEUR 2.098)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 388.734,46 (VJ TEUR 454)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.480.886,77	30.729
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 33.218.500,49 (VJ TEUR 29.430)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.262.386,28 (VJ TEUR 1.298)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	53.194.021,65	48.802
davon Steuerumlage EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 53.194.021,65 (VJ TEUR 38.802)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (VJ TEUR 10.000)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.719.199,69	12.158
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 14.719.199,69 (VJ TEUR 12.158)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	17.134.870,33	18.445
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 17.134.870,33 (VJ TEUR 18.445)		
davon aus Steuern EUR 4.329.328,01 (VJ TEUR 5.417)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 1.248.158,76 (VJ TEUR 1.098)		
	139.368.265,52	123.893
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	6.861.812,22	6.294
SUMME PASSIVA	720.322.342,72	686.892

ANLAGENSPIEGEL 2024

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwert	
	zum 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2024	zum 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen/ Zuschreibung	zum 31.12.2024	zum 31.12.2024	zum 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	37.287.770,20	687.896,47	63.679,78	128.190,00	38.040.176,89	27.563.682,95	2.170.470,47	63.679,78	0,00	29.670.473,64	8.369.703,25	9.724.087,25
2. Geleistete Anzahlungen	155.578,40	179.820,46	0,00	0,00	335.398,86	0,00				0,00	335.398,86	155.578,40
Summe immaterielles Anlagevermögen	37.443.348,60	867.716,93	63.679,78	128.190,00	38.375.575,75	27.563.682,95	2.170.470,47	63.679,78	0,00	29.670.473,64	8.705.102,11	9.879.665,65
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	309.117.835,10	20.798.070,85	932.521,35	29.683.890,26	358.667.274,86	191.666.791,33	7.003.016,15	227.334,44	0,00	198.442.473,04	160.224.801,82	117.451.043,77
2. Technische Anlagen und Maschinen	731.425.840,69	34.283.208,54	2.031.413,39	10.213.761,94	773.891.397,78	394.296.281,48	23.891.328,71	1.534.719,66	-235,96	416.652.654,57	357.238.743,21	337.129.559,21
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.022.198,17	4.072.112,39	1.335.375,83	138.523,62	43.897.458,35	32.717.914,38	3.579.552,22	1.319.795,00	235,96	34.977.907,56	8.919.550,79	8.304.283,79
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.101.059,22	17.353.218,26	0,00	-40.164.365,82	27.289.911,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.289.911,66	50.101.059,22
Summe Sachanlagen	1.131.666.933,18	76.506.610,04	4.299.310,57	-128.190,00	1.203.746.042,65	618.680.987,19	34.473.897,08	3.081.849,10	0,00	650.073.035,17	553.673.007,48	512.985.945,99
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	23.594.620,27	1.367.214,96	0,00	0,00	24.961.835,23	11.084.566,48	43.180,50	0,00	0,00	11.127.746,98	13.834.088,25	12.510.053,79
2. Beteiligungen	1.396.798,83	139.000,00	0,00	0,00	1.535.798,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.535.798,83	1.396.798,83
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	1.345.704,28	370.028,28	244.458,40	0,00	1.471.274,16	92.732,72	2.872,08	15.242,40	-6.322,39	74.040,01	1.397.234,15	1.252.971,56
Summe Finanzanlagen	26.337.123,38	1.876.243,24	244.458,40	0,00	27.968.908,22	11.177.299,20	46.052,58	15.242,40	-6.322,39	11.201.786,99	16.767.121,23	15.159.824,18
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.195.447.405,16	79.250.570,21	4.607.448,75	0,00	1.270.090.526,62	657.421.969,34	36.690.420,13	3.160.771,28	-6.322,39	690.945.295,80	579.145.230,82	538.025.435,82

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr von 1. Jänner bis 31. Dezember 2024 (Beträge in Euro)

	2024 EUR	2023 TEUR
1. Umsatzerlöse	263.545.251,95	265.745
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	-105.118,88	488
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	7.770.140,43	7.267
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	2.854.998,10	166
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.786.186,47	1.433
c) Übrige	24.759.660,33	4.195
	29.400.844,90	5.794
Betriebsleistung	300.611.118,40	279.294
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-83.742.665,68	-93.423
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-14.470.351,44	-12.872
	-98.213.017,12	-106.294
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-12.296.801,99	-10.689
b) Gehälter	-34.332.398,09	-29.628
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-673.078,35	-574
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-1.142.048,53	-1.219
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-11.648.050,41	-10.168
dd) Übrige	-1.865.038,37	-1.427
	-15.328.215,66	-13.388
	-61.957.415,74	-53.705
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) Planmäßig	-34.199.674,55	-33.330
b) Außerplanmäßig	-2.444.693,00	0
	-36.644.367,55	-33.330
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 18 fallen	-10.583.229,22	-10.475
b) Übrige	-42.065.219,32	-46.759
c) Personalgestellungsaufwand	-10.028.709,23	-10.748
	-62.677.157,77	-67.983
Betriebliche Aufwendungen	-259.491.958,18	-261.313
9. Zwischensumme aus Z 1 bis 8 (Betriebserfolg)	41.119.160,22	17.982
10. Erträge aus Beteiligungen	794.109,06	1.148
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 314.109,06 (VJ TEUR 740)		
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	23.906,53	17
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.504.506,27	1.319
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 102.490,33 (VJ TEUR 100)		
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	9.106,39	3.573
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen, davon	-4.014.413,75	-3.995
a) Abschreibungen EUR 46.052,58 (VJ TEUR 0)		
b) Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen EUR 3.968.361,17 (VJ TEUR 3.995)		
c) Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.159.998,54	-1.528
davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 1.863.838,37 (VJ TEUR 1.213)		
16. Zwischensumme aus Z 10 bis 15 (Finanzerfolg)	-3.842.784,04	534
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z 9 und Z 16)	37.276.376,18	18.516
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	631.729,72	865
davon positive Steuerumlagen EUR 849.103,22 (VJ TEUR 851)		
19. Ergebnis nach Steuern	37.908.105,90	19.381
20. JAHRESÜBERSCHUSS	37.908.105,90	19.381
21. Auflösung von Kapitalrücklagen	225.243,33	225
22. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-2.849.457,53	-6.606
23. BILANZGEWINN	35.283.891,70	13.000

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der vorliegende Jahresabschluss der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2024 wurde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuchs erstellt. Der Abschluss wird beim Firmenbuch des Landesgerichtes Innsbruck hinterlegt.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Dabei wurden die im § 201 Abs 2 UGB kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ebenso beachtet wie die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 195 bis 211 und 221 bis 235 UGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag ausweisen, werden gemäß § 223 Abs 7 UGB nicht angeführt.

Die Gesellschaft wird auf Basis der Größenkriterien nach § 221 UGB in die großen Kapitalgesellschaften eingeordnet.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss basiert auf den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und folgt der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Alle Wirtschaftsgüter wurden zum Abschlussstichtag einzeln und ohne Willkür bewertet. Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt wurden.

Anlagevermögen

Die *immateriellen Vermögensgegenstände* werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Abschreibungsmethode, bewertet. Das *Sachanlagevermögen* wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Für die selbst erstellten Anlagen werden die direkten Material- und Personalkosten (einschließlich Sonderbezüge und Überstundenzuschläge) sowie Zuschläge für gesetzliche Sozialabgaben und Kommunalsteuer und anteilige Gemeinkosten im Sinne des § 203 Abs 3 UGB angesetzt. Ein Ausscheiden überhöhter Gemeinkosten infolge offener Unterbeschäftigung war nicht erforderlich.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Wertpapiere und Wertrechte des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Börsenkursen respektive den ihnen beizulegenden niedrigeren Werten am Bilanzstichtag angesetzt.

Umlaufvermögen

Die Bewertung der *Vorräte* erfolgte zu Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tages- bzw. Wiederbeschaffungspreisen am Bilanzstichtag. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer sowie geminderter Verwendbarkeit ergeben, wurden durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bzw. dem niedrigeren Marktwert bilanziert. Für bestehende Ausfallsrisiken wurde durch Einzelwertberichtigungen bei dubiosen Forderungen vorgesorgt. Längerfristige

unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen wurden entsprechend diskontiert. Positionen des Umlaufvermögens, die auf Fremdwährung lauten, wurden mit dem Geldkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, sofern dieser unter dem Buchkurs liegt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die zwischen den unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehenden Differenzen, die sich in den späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, ergeben insgesamt eine zukünftige Steuerentlastung. Diese wird gemäß § 198 Abs 9 UGB als aktive latente Steuer in der Bilanzposition D. Aktive latente Steuern abgebildet. Der gemäß § 198 Abs 10 UGB aktivierbare Betrag für die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft wurde gänzlich abgeschrieben, da aufgrund der zu erwartenden negativen steuerlichen Ergebnisse eine Steuerentlastung nicht mehr gegeben ist. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übernimmt als Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Mussmann GmbH. die Ergebnisse dieser Tochterunternehmen. Dementsprechend sind auch die latenten Steuern von der Gruppenträgerin zu tragen.

Investitionszuschüsse

Die Verbuchung der Investitionszuschüsse erfolgt nach der Bruttomethode. Der Zuschuss wird als Sonderposten in der Bilanz auf der Passivseite abgebildet; die Auflösung dieses Postens erfolgt analog zur Abschreibung des bezuschussten Vermögensgegenstandes als übrige sonstige betriebliche Erträge. Investitionszuschüsse, deren Gewährung ohne eine vereinbarte Gegenleistungsverpflichtung erfolgt, werden bereits zum Zeitpunkt des Vorliegens sämtlicher sachlicher Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses unter den *sonstigen Forderungen* ausgewiesen.

Baukostenbeiträge

Von Strom-, Wasser- und Kanalabnehmern erhaltene Baukostenbeiträge werden zum Nennwert erfasst und als Schuldposten ausgewiesen. Die Auflösung erfolgt über die Umsatzerlöse mit jährlich 5 Prozent.

Rückstellungen

Die *Pensionsrückstellungen* wurden für vertraglich zugesagte Pensionsansprüche gebildet. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung AVÖ 2018 P (RG) von Pagler-Pagler. Die *Abfertigungsrückstellungen* werden für gesetzliche Ansprüche gebildet. Die Berechnung wurde auf Basis des Anti-Gold-Plating-Gesetzes 2019 von versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die finanzmathematische Berechnung umgestellt. Nach geltendem Recht ist die finanzmathematische Berechnung zulässig und sind die Abweichungen zur versicherungsmathematischen Berechnung gering. Angewandt wurde das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 1,79 Prozent (Vorjahr: 1,51 Prozent) und einem Gehaltstrend von 3,50 Prozent (Vorjahr: 3,80 Prozent). Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittzinssatz. Der Durchschnittzinssatz ermittelt sich aus den Durchschnitts des Stichtagszinssatzes und den Stichtagszinssätzen der sieben vorangegangenen Abschlussstichtage für Unternehmensanleihen mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren (Vorjahr: zehn Jahre). Der Berechnung wurde das faktische Pensionseintrittsalter von 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre) zugrunde gelegt. Die in den Vorsorgen für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmer:innen enthaltene Rückstellung für *Jubiläumsgelder* wurde ebenfalls nach finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Bei der Berechnung wurde der Rechnungszinssatz mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vorjahr: 15 Jahre) in Höhe von 1,96 Prozent (Vorjahr: 1,74 Prozent) verwendet. Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittzinssatz.

Das Pensionsantrittsalter wurde mit 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre), der Gehaltstrend mit 3,50 Prozent (Vorjahr: 3,80 Prozent) angenommen.

Die *sonstigen Rückstellungen* werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten. Nach § 211 UGB sind Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem marktüblichen Zinssatz abzuzinsen.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental wurde mit einem Rechnungszinssatz von 1,98 Prozent (Vorjahr: 1,78 Prozent) abgezinst. Der verwendete Rechnungszinssatz entspricht dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten siebenjährigen Durchschnittzinssatz für

Unternehmensanleihen mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von 18 Jahren (Vorjahr: 18 Jahren).

Die erwarteten Kostensteigerungen werden mit einem jährlichen Index in Höhe von 2,19 Prozent (Vorjahr: 2,19 Prozent) berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten* sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Briefkurs des Bilanzstichtags bewertet, sofern dieser über dem Buchkurs liegt.

Cross-Border-Leasing

In den Geschäftsjahren 2001 und 2002 hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft drei Cross-Border-Leasing-Transaktionen durchgeführt. Dabei wurden Wirtschaftsgüter der Gesellschaft (Stromnetz, Kraftwerke und das Abwasserbeseitigungssystem) an unter US-amerikanischem Recht errichtete Trusts langfristig vermietet und gleichzeitig zurückgemietet. Die Trusts wurden dabei zu Gunsten institutioneller Investoren in den USA errichtet. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hatte sich das zivilrechtliche Eigentum vorbehalten, und auch das wirtschaftliche Eigentum verblieb aufgrund eines Rückmietvertrags mit Kaufoption bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft.

Sämtliche planmäßigen Verpflichtungen aus den Mietverträgen wurden bei Finanzinstituten mit ausgezeichneter Bonität im Voraus erlegt, sodass die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bei vertragskonformem Verhalten keine weiteren Zahlungen leisten musste, solange die gewählten Finanzinstitute ihren übernommenen Zahlungsverpflichtungen nachkamen.

Ausgelöst durch die weltweite Finanzmarktkrise kam es zu Bonitätsverschlechterungen einzelner Vertragsparteien (Versicherungen und Banken), welche die Gesamtrisikosituation negativ beeinflussten und zu einem diesbezüglichen Handlungsbedarf führten. Bei einem Teil dieser Transaktionen erfolgte im Jahr 2009 die vorzeitige Vertragsauflösung.

Im Oktober 2017 konnten die restlichen CBL-Transaktionen vorzeitig durch Vorziehen der Kaufoption beendet werden. Nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“) bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken sowie deren in gleicher Höhe eingerichteten Tilgungsträger wurden direkt auf die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übertragen und in die Bilanz aufgenommen.

Die in der Bilanz aufgenommenen Werte für Finanzierungen und Depots betreffend die vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäfte notieren in USD. Die Umrechnung in Euro erfolgt zum Stichtagskurs. Die Finanzierungen werden bei den Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten, die entsprechenden Depots unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten bzw. die sonstigen Forderungen betragen zum Stichtag 12.060.884,01 Euro. Die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Tilgungen der Kredite sind gleich hoch wie die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Entnahmen aus den Depots. Ein GuV-Effekt aus diesen Zahlungen entsteht nicht.

Die für zukünftige Aufwendungen aus den Cross-Border-Leasing-Geschäften gebildete Rückstellung wurde im Zuge der Auflösung der CBL-Transaktionen ihrer Verwendung zugeführt, und es verbleibt per 31. Dezember 2024 ein restlicher Rückstellungsbetrag in der Höhe von 189.815,57 Euro.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (VORJAHRESWERTE IN KLAMMERN)

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel dargestellt.

Sachanlagen

Der *Grundwert der Grundstücke* zum 31. Dezember 2024 beträgt 25.244.423,30 Euro (22.519,7 TEuro).

Aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen bestehen aufgrund von langfristigen Vertragsverhältnissen für das folgende Geschäftsjahr Verpflichtungen in Höhe 954.369,77 Euro (749,2 TEuro). Die Verpflichtungen für die nächsten fünf Jahre belaufen sich auf 4.342.538,51 Euro (3.616,6 TEuro).

Finanzanlagen

Zusatzangaben gemäß § 238 Abs 1 Z 4 UGB:

	Sitz	Kapital- anteil	Jahr	Eigenkapital letztes Geschäftsjahr gesamt EUR	Ergebnis = Jahresüber- schuss (+)/-fehlbetrag (-) letztes Geschäftsjahr gesamt EUR
Verbundene Unternehmen					
Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH	Innsbruck	51,00 %	2024	269.602.468,81	-49.168.361,17
Innbus GmbH (indirekt)	Innsbruck	51,00 %	2024	6.046.219,95	263.727,06
Musmann GmbH.	Innsbruck	100,00 %	2024	1.111.910,38	128.109,06
Naturstrom Mühlau GmbH	Innsbruck	62,00 %	2024	1.476.304,48	142.852,29
Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH (indirekt)	Innsbruck	56,00 %	2024	17.676.400,84	-862.265,99
Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.	Innsbruck	51,00 %	2024	71.627.115,38	6.102.952,85
ProContracting Italia GmbH	Bozen	100,00 %	2024	97.864,03	-1.810,90
Innbus Regionalverkehr GmbH	Innsbruck	55,00 %	2024	3.152.126,39	129,92
DAWI Kanalservice GmbH	Innsbruck	100,00 %	2024	5.618.015,57	1.459.773,33
Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH	Innsbruck	51,00 %	2024	372.651,00	65.207,95
Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH	Steinach	51,00 %	2024	-365.324,79	-90.640,10
IKB Sonnenstrom GmbH	Innsbruck	100,00 %	2024	557.516,98	462.648,08
e-laden Tirol GmbH	Innsbruck	100,00 %	2024	2.206.006,31	441.939,56
Beteiligungen					
Recycling Innsbruck GmbH	Innsbruck	50,00 %	2024	176.675,37	121.658,94
Abfallbehandlung Ahrental GmbH	Innsbruck	50,00 %	2024	1.426.910,78	1.157.228,53
Bauentsorgungsgesellschaft mbH	Innsbruck	49,00 %	2024	533.895,99	283.051,44

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den *Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen* sind im Wesentlichen Forderungen aus Darlehen in Höhe von 1.563.399,85 Euro (1.526,0 TEuro), aus Steuerumlagen in Höhe von 680.965,55 Euro (716,5 TEuro) und aus dem Cash-Pooling in Höhe von 568.485,78 Euro (349,0 TEuro) ausgewiesen.

Unter den *Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, werden Forderungen aus Ausgleichsbeträgen aufgrund der Betriebsführungsvereinbarung mit der TIWAG in Höhe von 20.000.000,00 Euro (0,00 TEuro), ein Darlehen an die Abfallbehandlung Ahrental GmbH in Höhe von 975.000,00 Euro (0,00 TEuro) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Aus dem Cash-Pooling resultieren Forderungen in Höhe von 0,00 Euro (316,5 TEuro).

Die *sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände* enthalten als wesentliche Positionen Forderungen aus Schadensfällen in Höhe von 323.518,80 Euro (350,1 TEuro), Guthaben an Lieferant:innen in Höhe von 268.252,62 Euro (254,3 TEuro) und Forderungen aus Steuern und Abgaben in Höhe von 357.723,82 Euro (457,5 TEuro).

Die Höhe des Depots, das im Rahmen der Beendigung der CBL-Transaktionen in die Bilanz aufgenommen wurde und unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen ist, beträgt 2024 12.060.884,01 Euro (10.552,2 TEuro) (siehe Seite 3). Des Weiteren bestehen im Jahr 2024 Forderungen für zugesagte Investitionszuschüsse der Kommunalkredit Public Consulting GmbH für getätigte Investitionen in Höhe von 9.096.315,68 Euro (9.682,4 TEuro).

Die Forderung aus dem Regulierungskonto Strom aufgrund des Differenzbetrags aus den tatsächlich erzielten und den der Verordnung zugrunde liegenden Planerlösen gemäß § 50 Abs 1 EIWOG 2010 betrug 2024 397.170,00 Euro (2.212,3 TEuro).

Forderungen aufgrund des Zeitverzugs in der Abgeltung durch die Systemnutzungsentgelte gemäß § 59 Abs 1 EIWOG 2010 wurden nicht aktiviert.

In den sonstigen Forderungen sind Erträge von 702.999,39 Euro (592,6 TEuro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Latente Steuern

Die Angabe, auf welchen Differenzen die latenten Steuern beruhen und mit welchem Steuersatz die Bewertung erfolgt, sowie die im Geschäftsjahr erfolgten Bewegungen der latenten Steuersalden können der folgenden Tabelle entnommen werden:

LATENTE STEUERN 31.12.2024 (Beträge in EUR)									
UNTERNEHMENSRECHTLICH				STEUERRECHTLICH			LATENTE STEUERN aktiv(+) passiv(-)		
	1.1.2024	Auflösung Zuführung	31.12.2024	1.1.2024	Auflösung Zuführung	31.12.2024	1.1.2024	Auflösung Zuführung	31.12.2024
Rückstellungen Personal	20.743.749	1.446.377	22.190.126	12.422.961	1.213.261	13.636.222	8.320.788	233.116	8.553.904
Rückstellungen Sonstige	15.311.576	-1.134.747	14.176.829	11.498.169	-794.809	10.703.360	3.813.407	-339.938	3.473.469
Sachanlagevermögen	-14.086.788	-597.419	-14.684.206	-19.562.008	-313.017	-19.875.025	5.475.220	-284.402	5.190.819
Unversteuerte Rücklagen	0	0	0	2.442.102	-189.685	2.252.417	-2.442.102	189.685	-2.252.417
Finanzanlagevermögen	112.722	0	112.722	112.722	0	112.722	0	0	0
Firmenwertabschreibung	-4.000.000	0	-4.000.000	-486.629	306.029	-180.600	-3.513.371	-306.029	-3.819.400
GESAMT	18.081.259	-285.789	17.795.470	6.427.317	221.779	6.649.095	11.653.942	-507.567	11.146.375
							23,00 %	23,00 %	23,00 %
LATENTE STEUERN per 31.12.2024 vor Abschreibung							2.680.407	-116.741	2.563.666
Abschreibung							-2.680.407		-2.563.666
LATENTE STEUERN per 31.12.2024									0

Die zum Stichtag angesetzten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden aus dem Bereich der Personalrückstellungen, der sonstigen Rückstellungen und der Unterschiede im Sachanlagevermögen. Aufgrund der zu erwartenden negativen steuerlichen Ergebnisse wurden die aktiven latenten Steuern der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Mussmann GmbH. zum Stichtag zur Gänze abgeschrieben.

Eigenkapital

Das *Grundkapital* der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2024 10.000.000,00 Euro und ist in 100.000 vinkulierte Namensaktien mit einem Nominale von je 100,00 Euro aufgeteilt.

Die *gebundene Kapitalrücklage* in Höhe von 4.036,99 Euro ergibt sich aufgrund der Umrechnung der Aktiennennbeträge und des Grundkapitals in Euro gemäß Artikel 1 § 8 Abs 1 des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes.

Die *nicht gebundene Kapitalrücklage* setzt sich aus der Einbringungsbilanz der Stadtwerke Innsbruck in Höhe von 48.821.568,82 Euro (47.497,5 TEuro) sowie aus Gesellschafterzuschüssen der Stadtgemeinde Innsbruck in Höhe von 147.963.987,78 Euro (145.930,7 TEuro) zusammen.

Unter den *Gewinnrücklagen* werden die gesetzliche Rücklage und andere (freie) Rücklagen ausgewiesen.

Die *gesetzliche Rücklage* betrug im Wirtschaftsjahr 2024 995.962,72 Euro (996,0 TEuro). Die *freie Rücklage* in Höhe von 180.854.416,32 Euro (178.005,0 TEuro) setzt sich aus den aufgelösten Investitionsfreibeträgen 1990 bis 2000 in Höhe von 19.376.443,92 Euro (19.376,4 TEuro) abzüglich der Auflösung der Gewinnrücklage 2009 im Ausmaß von 1.000.000,00 Euro, den eingestellten Bilanzgewinnen in Höhe von 158.042.302,90 Euro (155.192,8 TEuro) und den zugeführten unversteuerten Rücklagen in Höhe von 4.435.669,50 Euro zusammen.

Der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft schlägt den Eigentümern vor, vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2024 eine Dividende in Höhe von insgesamt 35.283.891,70 Euro auszuschütten.

Entwicklung des Eigenkapitals

	Eingefordertes und eingezahl- tes Grundkapital EUR	Kapital- rücklagen EUR	Gewinn- rücklagen EUR	Bilanz- gewinn EUR	Summe EUR
Stand am 1. Jänner 2023	10.000.000,00	193.267.418,79	172.395.096,70	17.355.652,60	393.018.168,09
Gesellschafterzuschuss	0,00	1.714.148,41			1.714.148,41
Gewinnausschüttung	0,00			-17.355.652,60	-17.355.652,60
Jahresüberschuss	0,00			19.380.581,48	19.380.581,48
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33		225.243,33	0,00
Abspaltung e-laden Tirol GmbH	0,00	-1.324.034,46			-1.324.034,46
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00		6.605.824,81	-6.605.824,81	0,00
Stand am 1. Jänner 2024	10.000.000,00	193.432.289,41	179.000.921,51	13.000.000,00	395.433.210,92
Gesellschafterzuschuss	0,00	2.258.513,05			2.258.513,05
Gewinnausschüttung	0,00			-13.000.000,00	-13.000.000,00
Jahresüberschuss	0,00			37.908.105,90	37.908.105,90
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33		225.243,33	0,00
Abspaltung e-laden Tirol GmbH	0,00	1.324.034,46			1.324.034,46
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00		2.849.457,53	-2.849.457,53	0,00
Stand am 31. Dezember 2024	10.000.000,00	196.789.593,59	181.850.379,04	35.283.891,70	423.923.864,33

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat den Teilbetrieb e-Laden im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch verhältnismäßige Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 1 Abs 2 Z 2 SpaltG und gemäß Art. VI UmgrStG unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft auf die e-laden Tirol GmbH, als übernehmende Gesellschaft, mit 1. Jänner 2023 übertragen. Der Spaltungs- und Übernahmevertrag wurde am 5. September 2023 unterfertigt. Im Jahr 2024 wurde die nicht gebundene Kapitalrücklage in Höhe von 1.324.034,46 Euro gegen die Beteiligung an der e-laden Tirol GmbH aufgerechnet.

Investitionszuschüsse

Die Entwicklung der *Investitionszuschüsse* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung.

Investitionszuschüsse	in EUR
Stand am 1.1.2024	53.298.953,38
Auflösung	3.181.401,99
Zuführung	-92.921,88
Stand am 31.12.2024	50.024.629,51

Um die österreichische Wirtschaft in Folge der Corona-Krise zu unterstützen, hat die Bundesregierung mit der Investitionsprämie einen Anreiz für Unternehmensinvestitionen geschaffen. Die Ausbezahlung der von der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft beantragten Investitionsprämie erfolgte nach Inbetriebnahme aller Investitionsmaßnahmen und nach erfolgter Abrechnung in den Jahren 2022 und 2023. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Investitionsprämien in Höhe von 0,00 Euro (1.012,9 TEuro) ausbezahlt.

Baukostenzuschüsse

Inhalt dieser Position sind hauptsächlich von Strom-, Wasser- und Kanalkund:innen vereinnahmte Finanzierungsbeiträge. Sie werden über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam aufgelöst.

Die Entwicklung der *Baukostenbeiträge* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung:

Baukostenbeiträge	in EUR
Stand am 1.1.2024	50.581.851,07
Auflösung	5.414.141,74
Zuführung	4.705.335,02
Stand am 31.12.2024	49.873.044,35

Rückstellungen

Die *sonstigen Rückstellungen* enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental in Höhe von 13.876.829,00 Euro (15.311,6 TEuro), für noch nicht verbrauchte Urlaube und Zeitguthaben in Höhe von 6.255.938,00 Euro (5.586,1 TEuro), für Jubiläumsgelder in Höhe von 3.705.251,00 Euro (3.481,1 TEuro), für etwaige Strompreiserhöhungen aus den Strompreiserhöhungen ab 2022 in Höhe von 8.850.000,00 Euro (16.500,0 TEuro), für die Vergünstigung des Strombezugs von Mitarbeiter:innen in Höhe von 2.743.516,00 Euro (2.499,6 TEuro) sowie für mögliche Schadensfälle aus der Errichtung von diversen Anlagen in Höhe von 1.303.000,00 Euro (1.527,0 TEuro).

Weiters wird eine Rückstellung aus dem Regulierungskonto Strom aufgrund des Differenzbetrags aus den tatsächlich erzielten und den der Verordnung zugrunde liegenden Planerlösen gemäß § 50 Abs 1 EIWOG 2010 in Höhe von 746.400,00 Euro (0,0 TEuro) ausgewiesen.

In Anbetracht der steigenden Anzahl an Contracting-Anlagen und der damit zunehmenden Reparaturaufwendungen wurde bereits im Wirtschaftsjahr 2020 eine Rückstellung für zukünftige Großreparaturen gebildet. Der Stand dieser Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2024 249.168,00 Euro (326,4 TEuro).

Der Stand an Rückstellungen im Zusammenhang mit den vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäften zum 31. Dezember 2024 beträgt 189.815,57 Euro (189,8 TEuro).

Verbindlichkeiten

Die erforderlichen Angaben gemäß § 237 Abs 1 Z 5 UGB werden im Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst.

Verbindlichkeitspiegel 2024 in EUR	Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren § 237 Abs 1 Z 5 UGB	
	Berichtsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	115.343,46	180.426,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.351,78	33.786,56
SUMME	135.705,24	214.213,02

In den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* sind Verbindlichkeiten an die OeMAG – Abwicklungsstelle für Ökostrom AG – in Höhe von 411.468,50 Euro (92,0 TEuro) enthalten. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat die Verbindlichkeit gegenüber der OeMAG mittels Garantieerklärung besichert.

Die *Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen* betreffen mit 1.989.350,10 Euro (1.425,8 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit 12.000.000,00 Euro ein Darlehen (10.000,0 TEuro), mit 34.530.220,79 Euro (32.667,37 TEuro) Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling und mit 4.674.450,76 Euro (4.706,1 TEuro) sonstige Verbindlichkeiten. Die unter diesem Posten erfassten Verbindlichkeiten gegenüber den Gruppenmitgliedern resultieren aus Ergebnisabführungsverträgen sowie aus Steuerumlagevereinbarungen.

Die *Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, betreffen überwiegend Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13.601.899,69 Euro (11.929,5 TEuro) und Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling mit 636.853,67 Euro (90,0 TEuro).

Unter dem Posten *sonstige Verbindlichkeiten* sind Aufwendungen mit einem Betrag von 1.385.387,27 Euro (2.232,3 TEuro) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die folgende Aufstellung zeigt die Zusammensetzung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zum Stichtag.

	2024 EUR	2023 EUR
Mietzinsvorauszahlungen	5.573.479,91	5.461.786,80
Diverse andere	1.288.332,31	832.280,51
SUMME	6.861.812,22	6.294.067,31

Haftungsverhältnisse

	Stand 31.12.2024	davon gegenüber verbundenen Unternehmen
	EUR	EUR
aus Garantien	1.916.685,45	0,00
aus Patronatserklärungen	224.426,94	0,00
SUMME	2.141.112,39	0,00

Die Garantien bestehen aus Garantieerklärungen an die OeMAG für Stromlieferungen und an Kund:innen zur Sicherung allfälliger Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche.

Eine Patronatserklärung hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft der Raiffeisenbank Wipptal eGen für einen Kredit der Firma Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH gewährt.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge**

Die *Umsatzerlöse* in Höhe von 263.545.251,95 Euro setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr
Strom	145.304,58	154.870,20
Wasser	19.628,83	17.584,99
Kanal	15.493,99	14.760,52
Klärwerk	12.593,41	12.080,78
Abfallentsorgung	11.218,68	10.789,67
Abfallsammlung	14.617,01	14.044,25
Bäder	3.933,13	3.578,45
Telekommunikation	12.751,57	11.249,29
Energieservices	24.025,89	23.159,44
Zentraler Bereich	3.978,16	3.627,02
SUMME	263.545,25	265.744,61

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt. In den *übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen* sind Ausgleichsbeträge aufgrund der Betriebsführungsvereinbarung mit der TIWAG in Höhe von 20.000.000,00 Euro (0,00 TEuro) enthalten, weiters sind mit 3.462.654,80 Euro (2.413,3 TEuro) die Auflösung von Wertberichtigungen, Zuschüssen und Subventionen und mit 312.144,95 Euro (247,8 TEuro) Zinserträge aus Investitionszuschüssen der Kommunalkredit Public Consulting GmbH enthalten.

Personalaufwand/Personalstellungsaufwand

Die Summe der *Lohn- und Gehaltsaufwendungen*, für *gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge* und für *sonstige Sozialaufwendungen* beträgt 60.142.288,86 Euro (51.911,8 TEuro).

In der Position *Löhne* sind Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 44.507,00 Euro (Zuführung 24,4 TEuro) und in der Position *Gehälter* Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 295.177,00 Euro (252,4 TEuro) enthalten.

Die *Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen* unter Berücksichtigung der unter diesen Posten ausgewiesenen Rückstellungsveränderungen belaufen sich auf 1.815.126,88 Euro (1.793,6 TEuro). Auf die Mitglieder des Vorstands entfallen im Jahr 2024 Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen in Höhe von 83.021,37 Euro (79,7 TEuro). Bei der Pensionsrückstellung kam es zu einer Auflösung von 124.422,00 Euro (174,4 TEuro).

In den Aufwendungen für *Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen* sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von 563.039,40 Euro (730,6 TEuro) enthalten.

Das *Personalstellungsentgelt* in Höhe von 10.028.709,23 Euro (10.748,4 TEuro) für die zur Dienstverwendung an die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft abgestellten Beamt:innen und Vertragsbediensteten setzt sich aus dem Faktor Aktivbezug, dem Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag und dem Faktor Gewinnzuschlag zusammen. Im Personalstellungsaufwand ist unter anderem eine Auflösung von 115.548,00 Euro (108,5 TEuro) für die Rückstellung Jubiläum enthalten.

Abschreibungen

Die *planmäßigen Abschreibungen* betreffen zur Gänze Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen und sind im Anlagenspiegel dargestellt.

Im Jahr 2024 gab es *außerplanmäßige Abschreibungen* in Höhe von 2.444.693,00 Euro (0,0 TEuro).

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen im Wesentlichen ein Blockheizkraftwerk am Standort der Kläranlage Innsbruck. Insbesondere aufgrund der zukünftig geringeren Förderungen kann die Anlage nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den *übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen* werden Instandhaltungsaufwand, Aufwand für Nachsorge und Rekultivierung, Rechts- und Beratungskosten, Werbeaufwendungen, Telekommunikationsaufwand, Mieten, Versicherungen, Forderungsabschreibungen und sonstige Schadensfälle sowie Geldverkehrsspesen erfasst.

Gemäß § 238 Abs 1 Z 18 UGB sind die auf das Geschäftsjahr entfallenden *Aufwendungen für den Abschlussprüfer* anzugeben. Auf die Abschlussprüfung sind 104.800,00 Euro (97,5 TEuro) und auf diverse andere Leistungen 75.104,00 Euro (40,8 TEuro) entfallen.

Finanzergebnis

Aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen sind in den *Aufwendungen aus Finanzanlagen* Aufwendungen aus Gewinngemeinschaften in Höhe von 3.968.361,17 Euro (3.995,3 TEuro) enthalten.

In den *Erträgen aus Beteiligungen* sind Dividendenausschüttungen von der Recycling Innsbruck GmbH in Höhe von 80.000,00 Euro (60,0 TEuro), von der Bauentsorgungsgesellschaft mbH in Höhe von 0,00 Euro (98,0 TEuro), von der Abfallbehandlung Ahrental GmbH in Höhe von 400.000,00 Euro (250,0 TEuro) und von der Naturstrom Mühlau GmbH 186.000,00 Euro (620,0 TEuro) enthalten.

Weiters erfolgte im Wirtschaftsjahr 2024 eine Ergebnisübernahme der Mussmann GmbH. in Höhe von 128.109,06 Euro (120,4 TEuro).

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Erträge in Höhe von 418,50 Euro (36,4 TEuro) enthalten, die einem anderen Geschäftsjahr zuzuordnen sind.

V. BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFTS- UND -ORGANISATIONSGESETZ (EIWOG)

Nach dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG 2010) hat die Darstellung des Jahresabschlusses auch nach Aktivitäten iSd. § 8 (2) EIWOG zu erfolgen.

Die Aktivitäten der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft gliedern sich im Strombereich in Erzeugung und Verteilung sowie in sonstige Aktivitäten. Dem Erzeugungsbereich wurden die gesamten Kraftwerksanlagen zugeordnet, weiters die Kosten des Strombezugs sowie die Energieerlöse. Aus Sicht des integrierten Elektrizitätsunternehmens umfasst der Begriff „Erzeugung“ damit sowohl die Eigenerzeugung als auch den Strombezug und -vertrieb. Dem Bereich Verteilung der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG wurden die Strom-Verteilungsanlagen sowie die damit zusammenhängenden Aufwendungen und Erlöse zugeordnet. Die sonstigen Aktivitäten umfassen die Geschäftsfelder Wasser, Abwasser, Abfall, Telekommunikation, Bäder, Energieservices und den Zentralbereich. Vom Zentralbereich werden Serviceleistungen erbracht sowie übergeordnete Aufgaben im Bereich der Führung und Steuerung des Unternehmens wahrgenommen.

Die aktivitätsbezogenen Bilanzen und Ergebnisrechnungen gemäß EIWOG stellen sich bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft wie folgt dar:

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung TEUR	Verteilung TEUR	Sonstige Aktivitäten TEUR	IKB- GESAMT TEUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	621	5.000	3.084	8.705
II. Sachanlagen	50.150	141.583	361.940	553.673
III. Finanzanlagen	5.008	1.813	9.946	16.767
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	55.779	148.396	374.970	579.145
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte	0	1.292	3.469	4.761
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	151.664	31.586	131.389	314.639
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	18.181	6.580	36.363	61.124
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	169.845	39.458	171.221	380.524
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	49	22	134	205
D. LATENTE STEUERN	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	225.673	187.876	546.325	959.874
PASSIVA				
EIGENKAPITAL				
I. Grundkapital	3.556	4.491	1.953	10.000
II. Kapitalrücklagen	17.569	22.264	156.957	196.790
III. Gewinnrücklagen	48.830	49.746	83.274	181.850
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	93.692	54.064	-112.472	35.284
davon Gewinnvortrag/Verlustvortrag	68.325	48.301	-116.626	0
SUMME EIGENKAPITAL	163.647	130.565	129.712	423.924
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE	2.739	5.140	42.146	50.025
C. BAUKOSTENBEITRÄGE	0	27.251	22.622	49.873
D. RÜCKSTELLUNGEN	14.365	5.396	30.510	50.271
E. VERBINDLICHKEITEN	44.721	19.460	314.738	378.919
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	201	64	6.597	6.862
SUMME PASSIVA	225.673	187.876	546.325	959.874

Die Bilanzsumme in obiger Darstellung weicht vom unternehmensrechtlichen Jahresabschluss aufgrund des Ansatzes von „*Internen Forderungen und Verbindlichkeiten*“ zwischen den einzelnen Aktivitätsbereichen ab. Im Regelfall erfolgt in der Bilanz sowie in der Ergebnisrechnung eine direkte Zuordnung auf die einzelnen Aktivitäten. In jenen Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den einzelnen Aktivitäten vorlag bzw. in denen aufgrund des hohen Integrationsgrads direkte Erfassungen und Zuordnungen nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich wären, wurde die Zuordnung durch Schlüsselung auf Basis sach- und verursachungsgerechter Bezugsgrößen vorgenommen. Bereichsübergreifendes Sachanlagevermögen wurde dem überwiegenden Bereich bzw. dem Zentralbereich zugeordnet und die anteiligen Kosten durch innerbetriebliche Leistungsverrechnungen an die übrigen Bereiche weiterverrechnet. Das Eigenkapital ist als Residualwert, der nach der Zuordnung aller anderen Bilanzpositionen verbleibt, verteilt.

ERFOLGSRECHNUNG 2024 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung TEUR	Verteilung TEUR	Konsolidierung TEUR	Sonstige Aktivitäten TEUR	IKB- GESAMT TEUR
1. Umsatzerlöse	77.742	57.298	-236	128.741	263.545
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	0	0	0	-105	-105
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	61	3.910	0	3.799	7.770
4. Sonstige betriebliche Erträge	21.159	590	0	7.652	29.401
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	74.713	2.625	-9.264	-68.074	0
BETRIEBSLEISTUNG (Summe Z 1–4)	173.675	64.423	-9.500	72.013	300.611
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-47.634	-16.633	313	-34.259	-98.213
6. Personalaufwand	-3.183	-12.956	0	-45.818	-61.957
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.109	-13.085	0	-21.450	-36.644
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.596	-9.506	236	-38.812	-62.678
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	-79.071	-6.226	8.951	76.346	0
BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (Summe Z 5–8)	-146.593	-58.406	9.500	-63.993	-259.492
9. BETRIEBSERFOLG (Summe Z 1–8)	27.082	6.017	0	8.020	41.119
10. Erträge aus Beteiligungen	199	72		523	794
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	7	3		14	24
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	344	123		1.038	1.505
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	3	1		5	9
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-14	-5		-3.995	-4.014
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-836	-206		-1.118	-2.160
16. FINANZERGEBNIS (Summe Z 10–15)	-297	-12	0	-3.533	-3.842
17. ERGEBNIS VOR STEUERN	26.785	6.005	0	4.487	37.277
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	189	122		320	631
19. ERGEBNIS NACH STEUERN	26.974	6.127	0	4.807	37.908

Die Umsatzerlöse aus Strom- bzw. Systemnutzungserlösen sind ebenso wie die damit korrespondierenden Kosten den entsprechenden Aktivitäten direkt zugeordnet. Aufwendungen und Erträge werden generell über Kosten- und Leistungsstellen erfasst und soweit möglich den Aktivitäten direkt zugerechnet. Aufwendungen und Erträge, bei denen eine direkte Zuordnung nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden den einzelnen Aktivitäten über interne Leistungsverrechnungen bzw. über Umlagen auf Basis sach- und verursachungsgerechter Bezugsgrößen zugerechnet. Diese Leistungsverrechnungen und Umlagen werden in der Zeile „Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen“ saldiert dargestellt. Innerbetriebliche Verrechnungen von spartenübergreifenden Umsatzerlösen werden in einer eigenen Konsolidierungsspalte dargestellt.

VI. ANGABEN GEMÄSS § 78 ABS 1 UND ABS 2 ELWOG 2010

Die Summe der an Endkund:innen abgegebenen Energiemenge beträgt 555.373.388,13 Kilowattstunden. Die Anteile an den verschiedenen Primärenergieträgern betragen laut Stromkennzeichnung gemäß § 78 Abs 1 und Abs 2 ELWOG 2010 für die gelieferte Energie im Zeitraum von 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024:

ERGEBNIS DER STROMKENN- ZEICHNUNGSDOKUMENTATION	Innsbrucker Kommunalbetriebe AG			
	Versorger		Produkte	
	kWh	Prozent	100 % Wasserkraft Prozent	IKB-Strom Prozent
Wasserkraft	515.214.354	92,77 %	100,00 %	92,64 %
Windenergie	31.294.023	5,63 %	0,00 %	5,74 %
Sonnenenergie	6.157.316	1,11 %	0,00 %	1,13 %
Erneuerbare Gase (Bio-, Deponie- und Klärgas)	233.330	0,04 %	0,00 %	0,04 %
Biomasse (fest, flüssig und Abfall mit hohem biogenen Anteil)	2.474.363	0,45 %	0,00 %	0,45 %
Geothermische Energie	3	0,00 %	0,00 %	0,00 %
SUMME der abgegebenen Strommengen	555.373.388	100,00 %	100,00 %	100,00 %
URSPRUNGSLAND DER HERKUNFTSNACHWEISE				
Österreich		73,61 %	100,00 %	73,14 %
Norwegen		26,39 %	0,00 %	26,86 %
SUMME der Ursprungsländer		100,00 %	100,00 %	100,00 %
UMWELTAUSWIRKUNGEN DER STROMPRODUKTE				
CO ₂ -Emissionen (g/kWh)		0,0	0,0	0,0
Radioaktiver Abfall (mg/kWh)		0,0	0,0	0,0
AUSMASS DES GEMEINSAMEN HANDELS VON STROM UND HERKUNFTSNACHWEISEN				
Gemeinsam gehandelter Strom und Herkunftsnachweis		73,61 %	100,00 %	73,14 %
Herkunftsnachweise		26,39 %	0,00 %	26,86 %
SUMME		100,00 %	100,00 %	100,00 %

VII. SONSTIGE ANGABEN

Angaben betreffend Konzernverhältnisse

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft ist das konsolidierungspflichtige Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe. Weiters ist die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG. Gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH und mit der Mussmann GmbH ist die Gesellschaft verpflichtet, das Ergebnis dieser Tochterunternehmen zu übernehmen.

Des Weiteren bestehen Steuerausgleichsvereinbarungen mit der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., der Innbus Regionalverkehr GmbH, der Naturstrom Mühlau GmbH, der Abfallbehandlung Ahrental GmbH, mit der DAWI Kanalservice GmbH, mit der Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH., IKB Sonnenstrom GmbH, der Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH und der e-laden Tirol GmbH.

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bildet eine umsatzsteuerliche Organschaft nach § 2 Abs 2 Z 2 UStG 1994 mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, Innbus GmbH, Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH, Innbus Regionalverkehr GmbH, Naturstrom Mühlau GmbH, Mussmann GmbH., DAWI Kanalservice GmbH, der IKB Sonnenstrom GmbH und seit dem Geschäftsjahr 2023 mit der e-laden Tirol GmbH.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats in der Sitzung am 29. September 2015 wurde die Einführung eines Cash-Poolings mit der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft als Poolträgerin genehmigt. Zum 31. Dezember 2020 nehmen sieben Tochtergesellschaften am Cash-Pooling teil. Diese sind die drei in der ersten Stufe aufgenommenen Töchter Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH sowie die DAWI Kanalservice GmbH und die drei in der zweiten Stufe im Jahr 2016 in den Cash-Pool aufgenommenen Firmen Abfallbehandlung Ahrental GmbH, Mussmann GmbH. und Recycling Innsbruck GmbH. Im Jahr 2019 wurde die IKB Sonnenstrom GmbH, im Jahr 2022 die Innbus GmbH, die Innbus Regionalverkehr GmbH und die Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH in den Pool aufgenommen. Die im Jahr 2023 neu gegründete e-laden Tirol GmbH ist mit der Vereinbarung über die Durchführung eines Liquiditätsausgleichs vom 14. Juni 2023 dem Cash-Pooling der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft beigetreten. Im Jahr 2024 erfolgte die Aufnahme der Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH.

Die Durchführung der Cash-Poolings erfolgt bis auf die Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H. und die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH bei allen Tochtergesellschaften über ein automatisches Cash-Pooling.

Anzahl Mitarbeiter:innen

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer:innen betrug im Geschäftsjahr 2024:

	Berichtsjahr	Vorjahr
Angestellte	512	492
- davon gestelltes Personal	52	61
Arbeiter:innen	257	255
- davon gestelltes Personal	34	39
Lehrlinge	41	39
SUMME	810	786

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Als kommunales Versorgungsunternehmen wird die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die sichere Grundversorgung mit Strom, Wasser und Internet sowie die verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser weiterhin gewährleisten. In Folge der Kriegshandlungen in der Ukraine sind ab dem Jahr 2022 die Energiepreise stark gestiegen. Obwohl sich die Energiemärkte zwischenzeitlich beruhigt haben, bleiben die Preisentwicklungen volatil. Im Jahr 2024 erhielten Kund:innen Entschädigungszahlungen für die Strompreiserhöhungen der Jahre 2022 und 2023. Zur Absicherung weiterhin bestehender Risiken aus der Strompreisgestaltung während der Energiekrise bestehen entsprechende Rückstellungen. Die finanziellen Auswirkungen der energiewirtschaftlichen Entwicklung sowie potenzielle Forderungen nach weiteren Strompreissenkungen auf das Jahresergebnis 2025 lassen sich derzeit nur grob abschätzen. Die aktuellen Planwerte zeigen, dass mit einem positiven Jahresergebnis 2025 zu rechnen sein wird. Der Krieg in der Ukraine,

dessen Einfluss auf die Energiepreise, mögliche weitere Entlastungen für Verbraucher:innen sowie die Entwicklung der Eigenerzeugung beeinflussen die Ergebnisentwicklung stark. Dennoch ist der Fortbestand des Unternehmens auch aufgrund der vorhandenen Liquidität gesichert.

Organe der Gesellschaft

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 2024 871.754,55 Euro (851,4 TEuro). Die Aufschlüsselung der Angabe der Bezüge oder der Hinterbliebenenbezüge von früheren Mitgliedern des Vorstands unterbleibt nach § 242 Abs 4 UGB. An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 43.700,00 Euro (41,5 TEuro) an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Der *Vorstand* der Gesellschaft setzt sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

- **DI Helmuth Müller** Vorsitzender
- **Dr. Thomas Pühringer**
- **DI Thomas Gasser, MBA**

Der *Aufsichtsrat* setzt sich im Geschäftsjahr 2024 aus folgenden Personen zusammen:

- **Prof. Dr. Andreas Altmann** Vorsitzender bis 30. Juni 2024
- **Dr. Markus Bachlechner** Vorsitzender seit 1. Juli 2024
- **Mag. Dr. Erich Entstrasser** Stellvertreter des Vorsitzenden
- **Kenan Asci** seit 1. Juli 2024
- **MMMag. Christian Mair** seit 1. Juli 2024
- **Mag. Hermann Meysel**
- **Mag. David Nagiller, B.Ed.** bis 30. Juni 2024
- **Mag.^a Sonja Pitscheider** bis 30. Juni 2024
- **Mag. Martin Rupprechter** seit 1. Juli 2024
- **Mag. Fabian Saxl** seit 1. Juli 2024
- **DI Alexander Speckle**
- **Mag. Markus Stoll** bis 30. Juni 2024
- **Andreas Wanker** bis 30. Juni 2024

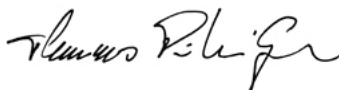
Vom *Betriebsrat* entsandt:

- **Cornelia Haselberger** seit 1. Jänner 2025
- **Christoph Martin**
- **Markus Paratscher**
- **Daniela Staud**
- **Ing. Michael Tassenbacher** bis 31. Dezember 2024

Innsbruck, am 29. April 2025



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft,
Innsbruck,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) 2010.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerks ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) 2010 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist, ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte

Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) 2010.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Michael Ahammer.

Innsbruck, am 2. Mai 2025



Mag. Michael Ahammer Wirtschaftsprüfer
KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat in seiner Sitzung am 27.6.2025 nach Vorberatung im Prüfungsausschuss in seiner Sitzung am 13.6.2025 und unter Verweis auf den Bericht der Abschlussprüferin KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft einstimmig den Beschluss gefasst, der Hauptversammlung den nachfolgenden Bericht über das Geschäftsjahr 2024 zu erstatten:

Der für das Geschäftsjahr 2024 verantwortliche Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2024 in acht Aufsichtsratssitzungen, in fünf Sitzungen des Präsidialausschusses und in zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr dem Abschluss zweier Energiekostenentlastungspakete, jeweils mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol sowie mit der Wirtschaftskammer Tirol, der Bereinigung von Auffassungsunterschieden im Zusammenhang mit dem Betriebsführungsvertrag 2021 samt Abschluss eines Betriebsführungsvertrages 2025 sowie der Fertigstellung des großen Investitionsprojektes Trinkwasserstollen Mühlau samt gutachterlicher Beurteilung der Projekt(kosten)entwicklung. Weiters gab es Mitte des Jahres einen Wechsel der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Zur weiteren Verbesserung der Corporate Governance hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand im Geschäftsjahr 2024 für das Berichtsjahr 2023 zum vierten Mal einen gesonderten Corporate Governance Bericht hinsichtlich der – teilweise gegenüber den gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden – Bestimmungen der Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck erstellt, der dem Prüfungsausschuss zur Prüfung vorgelegt und auf der Webseite des Unternehmens veröffentlicht wurde. Die letzte externe Prüfung des Corporate Governance Berichts erfolgte für den, für das Berichtsjahr 2020 vorgelegten Bericht, durch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz.

Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde vom Aufsichtsrat laufend aufgrund mündlicher und schriftlicher Berichterstattung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens kritisch begleitet. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die jeweils zu bestimmten Geschäften erforderlichen Zustimmungen erteilt. Der Vorstand hat dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates monatlich und darüber hinaus gemäß § 81 AktG bei wichtigen Anlässen jeweils mündlich oder schriftlich berichtet.

Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat den Jahresabschluss 2024 und den Konzernabschluss 2024 sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht des Vorstandes geprüft. Sie hat über das Ergebnis der Prüfung schriftlich berichtet und jeweils den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach Vorberatung im Prüfungsausschuss, die unter Beiziehung der Abschlussprüferin erfolgt ist, hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung in seiner Sitzung vom 27.06.2025 gebilligt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss, jeweils zum 31.12.2024, sind damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mit dem Sitz in 4020 Linz, Kudlichstraße 41, zur Abschlussprüferin der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 zu bestellen.

Abschließend dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand für das erreichte, wiederum sehr erfreuliche Ergebnis. Der gesamten Belegschaft werden Dank und Anerkennung für die erbrachte Tätigkeit und die gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse des Unternehmens ausgesprochen.

Innsbruck, am 27.6.2025



Dr. Markus Bachlechner
Vorsitzender des Aufsichtsrates

CORPORATE-GOVERNANCE- BERICHT DER INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT

für das Geschäftsjahr 2024

1. VORWORT

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft (IKB) ist eine österreichische Aktiengesellschaft. Die Grundlagen für ihre Corporate Governance finden sich im österreichischen Recht, insbesondere im Aktiengesetz, in der Satzung der IKB, in den Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck (CGLL) sowie in den Geschäftsordnungen der sozietären Organe.

Corporate Governance verfolgt das Ziel einer verantwortungsbewussten, auf nachhaltige und langfristige Schaffung von Werten ausgerichteten Leitung und Kontrolle von Unternehmen. Auf diese Weise sollen die vom Erfolg des Unternehmens abhängigen Interessen gewahrt werden.

Der Aufsichtsrat erstattet der Hauptversammlung jährlich einen Bericht im Sinne des § 96 AktG über seine Tätigkeit. Schon in der Vergangenheit wurden Informationen zu den Organen der Gesellschaft und den dort tätigen Personen sowie zu ihrer Vergütung im Geschäftsbericht veröffentlicht. Dieser enthält jährlich auch den Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung. Der vorliegende „Corporate Governance Bericht der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2024“ fasst diese und weitere Informationen, wie sie aufgrund einschlägiger Rechtsnormen sowie der am 25. April 2019 vom Innsbrucker Gemeinderat beschlossenen Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck bereitzustellen sind, in einem eigenen Bericht zusammen. Die Beteiligungsunternehmen der IKB erstatten gesonderte Berichte, soweit diese dem Anwendungsbereich der CGLL unterliegen.

Organe der Gesellschaft im Sinne dieses Berichts sind der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die Aktionärinnen Landeshauptstadt Innsbruck und TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG nehmen ihre Rechte als Anteilseignerinnen des Unternehmens in der Hauptversammlung wahr. Im Geschäftsjahr 2024 fand eine ordentliche Hauptversammlung am 27. Juni 2024 statt. Die ordentliche Hauptversammlung behandelte den Jahres- und Konzernabschluss 2023, die Gewinnverwendung (§ 104 Abs 2 Z 1 AktG), den Bericht des Aufsichtsrates gemäß § 96 Abs 1 AktG sowie den Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2023. Darüber hinaus wurde die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2024 gefasst. Weiters fand eine außerordentliche Hauptversammlung am 21. Mai 2024 statt. Die Entscheidungen der Hauptversammlung werden in einer notariellen Niederschrift beurkundet (§ 120 AktG in Verbindung mit § 87 NO).

2. BEKENNTNIS ZU DEN LEITLINIEN

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der IKB sind den Grundsätzen guter Corporate Governance verpflichtet und entsprechen damit den Erwartungen der Stakeholder hinsichtlich einer verantwortungsbewussten, nachhaltigen und langfristig orientierten Unternehmensführung und -kontrolle. Die IKB bekennt sich zu den Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck, soweit sie auf die IKB anwendbar sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass sie bei der Ausübung ihrer Funktionen die Leitlinien im Geschäftsjahr 2024 angewandt und nach Maßgabe der in diesem Bericht angeführten Erläuterungen (insbesondere unten Pkt. 10) beachtet haben.

3. ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung einschließlich der Risikolage, des Risikomanagements und wesentlicher Konzernunternehmen der IKB in regelmäßig stattfindenden Aufsichtsratssitzungen sowie im Rahmen der quartalsmäßigen Berichterstattung.

Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich. Außerdem berichtet er dem Aufsichtsrat unverzüglich über Umstände, die für die Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab. In regelmäßigen Abständen wird der Stand der Strategieumsetzung mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Die Organmitglieder unterliegen im Rahmen ihrer Organtätigkeit einer strengen Vertraulichkeitsverpflichtung. § 9 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie § 9 der Geschäftsordnung des Vorstandes verpflichten jeweils zur Geheimhaltung aller bei Wahrnehmung der Funktion zukommenden Informationen als Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Die jeweilige Geheimhaltungsverpflichtung wirkt zudem auch über den Zeitraum der Zugehörigkeit zum Organ hinaus.

Unterlagen für Aufsichtsratssitzungen stehen im Regelfall eine Woche vor der jeweiligen Sitzung zur Verfügung.

Für Organmitglieder und leitende Angestellte der IKB besteht eine aufrechte D&O-Versicherung in angemessenem Ausmaß. Die Versicherungsdeckung erstreckt sich zudem auch auf das Management der Tochtergesellschaften sowie die Abfallbehandlung Ahrental GmbH und die Recycling Innsbruck GmbH. Die Kosten werden vom Unternehmen getragen.

Geschäfte zwischen der IKB und deren Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmitgliedern unterliegen unter Beachtung der geltenden Rechtslage sowie der bestehenden Richtlinien einem besonderen Sorgfaltsmaßstab, wodurch das Auftreten von Interessenskonflikten vermieden werden soll. Im Geschäftsjahr 2024 wurden in diesem Sinne keine Geschäfte zwischen der IKB und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. des Vorstandes abgewickelt, die nicht auch anderen Kund:innen oder Geschäftspartner:innen in gleicher Weise offenstehen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden Prozesse erarbeitet die sicherstellen, dass „Related Party Transactions“ iSd § 238 Abs 1 Z 12 UGB standardisiert unter erhöhtem Sorgfaltsmaßstab geprüft und abgewickelt werden. Diese Prozesse und Kontrollen wurden für das Geschäftsjahr 2024 entsprechend den Vorgaben durchgeführt und in den Anhang des Jahresabschlusses 2024 erneut eine ausdrückliche Erklärung gemäß § 238 Abs 1 Z 12 UGB aufgenommen.

4. VORSTAND

4.1. Aufgaben, Zuständigkeit und Arbeitsweise

Gemäß österreichischem Aktiengesetz leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Dabei ist der Vorstand im Rahmen der Führung des Unternehmens an die Vorschriften der Gesetze, die Satzung sowie die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 9 Abs 3 Satzung) gebunden und wahrt die Gebote der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit sowie der Sparsamkeit. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt stets in kollektiver Vertretungsbefugnis (Vier-Augen-Prinzip). Kein Mitglied des Vorstandes ist zur selbständigen Vertretung befugt.

Der Vorstand berät in wöchentlichen Sitzungen den aktuellen Geschäftsverlauf, trifft im Rahmen dieser Sitzungen die notwendigen Entscheidungen und fasst die erforderlichen Beschlüsse. Die Mitglieder des Vorstandes befinden sich in ständig gegenseitigem Informationsaustausch untereinander und mit den zuständigen Organisationseinheiten. Die Satzung, die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und des Vorstandes

legen unter anderem jene Geschäfte fest, für deren Durchführung die vorherige Genehmigung des Aufsichtsrates erforderlich ist.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend. Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich.

4.2. Zusammensetzung des Vorstandes

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern.

Name	Funktion	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung (Funktionsbeginn)	Ende Funktionsperiode
DI Helmuth Müller	Vorsitzender des Vorstandes	1958	24.9.2010 (1.1.2011)	31.12.2025
DI Thomas Gasser, MBA	Mitglied des Vorstandes	1969	29.9.2015 (1.1.2016)	31.12.2025
Dr. Thomas Pühringer	Mitglied des Vorstandes	1972	19.6.2017 (1.1.2018)	31.12.2027

Ressortverteilung per 31. Dezember 2024

DI Helmuth Müller	DI Thomas Gasser, MBA	Dr. Thomas Pühringer
Energieservices Informationstechnologie Konzernrevision Kundenservice Management Service Marketing und Public Relations Personal Strom-Netz Unternehmensentwicklung und Innovation	Strom-Erzeugung Strom-Vertrieb	Abfallwirtschaft Abwasser Bäder Juristische Services Telekommunikation Wasser Zentrale Services
Vorstandsservices und Compliance ¹		

4.3. Organmandate und vergleichbare Funktionen

DI Helmuth Müller

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH
Stellvertreter der Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.

DI Thomas Gasser, MBA

Mitglied des Vorstandes der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.

Dr. Thomas Pühringer

Mitglied des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.
Mitglied des Beirates der Abfallbehandlung Ahrental GmbH

Die Gesellschafterrechte in den Generalversammlungen der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen der IKB werden jeweils durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen wahrgenommen.

Neben den oben angeführten Organfunktionen der Vorstandsmitglieder üben diese keine Organfunktion oder Beratungsaufgabe aus, die einen Interessenkonflikt zur Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft begründen könnte.

¹ Die Abteilung Vorstandsservices und Compliance (Risikomanagement, Compliancemanagement, Qualitäts- und Prozessmanagement, Datenschutzmanagement, Informationssicherheitsmanagement) ist der fachlichen Führung des Gesamtvorstandes unterstellt. Die disziplinarische Führung des Leiters dieser Organisationseinheit wird vom Vorsitzenden des Vorstandes wahrgenommen.

4.4. Bestellung und Entlohnung der Mitglieder des Vorstandes

Die Mitglieder des Vorstandes wurden im Einklang mit den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 26/1998, bestellt. Alle Vorstandspositionen wurden öffentlich ausgeschrieben.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde die Tätigkeit des Vorstandes mit 871.754,55 Euro vergütet. Die Festlegung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder erfolgt unter Einhaltung der Vorgaben des Aktiengesetzes (§ 78 Abs 1) durch den Aufsichtsrat.

4.5. Berichtspflichten über Ereignisse im Unternehmen

Zusätzlich zu Jahresabschluss und Lagebericht berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat unter Einhaltung der Vorgaben in § 7 der Geschäftsordnung für den Vorstand über das Budget, die operative Planung und die Strategie sowie das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Überprüfungen durch die interne Revision. Unterjährig informiert der Vorstand den Aufsichtsrat vierteljährlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens. Über besondere Vorkommnisse von wesentlicher Bedeutung erstattet der Vorstand unverzüglich Bericht an den Aufsichtsrat bzw. dessen Vorsitzenden.

5. LEITENDE ANGESTELLTE IM UNTERNEHMEN

In der IKB werden nur dann Personen zu leitenden Angestellten bestellt, wenn sie über die für diese Funktion erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Vertretungsberechtigungen – wie Handlungsvollmacht oder Prokura – werden ausschließlich jenen Mitarbeiter:innen erteilt, die das uneingeschränkte Vertrauen des Vorstandes genießen und die Vertretungskompetenz zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Vergabe einer solchen Außenvertretungsbefugnis erfolgt nur an Mitarbeiter:innen, die bereits mindestens ein Jahr in der leitenden Funktion im Unternehmen tätig sind. Prokura als auch Handlungsvollmacht können nur nach Zustimmung des Aufsichtsrates erteilt werden. Zum Kreis der leitenden Angestellten zählen die Geschäftsbereichsleiter:innen, Abteilungsleiter:innen und Stabsstellenleiter:innen. Im Geschäftsjahr 2024 zählten 39 Personen zum Kreis der leitenden Angestellten.

6. AUFSICHTSRAT

6.1. Aufgaben

Die wesentlichste Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Auswahl und Bestellung bzw. allfällige Abberufung der Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand bei der Führung des Unternehmens regelmäßig und berät ihn in wesentlichen Angelegenheiten und Fragen. Er übt seine Tätigkeit auf Grundlage der Gesetze, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus. Er erlässt überdies die Geschäftsordnung für den Vorstand, genehmigt das Budget und ist zur Feststellung des Jahresabschlusses berufen (§ 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Zudem trifft er alle Entscheidungen, die ihm aufgrund der Satzung und der Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes vorbehalten sind.

6.2. Sitzungen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2024 vier ordentliche und vier außerordentliche Sitzungen abgehalten.

Jene Mitglieder des Aufsichtsrates, die auch Funktionen bei der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG (TIWAG) ausüben, das sind Mag. Dr. Erich Entstrasser, DI Alexander Speckle und Mag. Hermann Meysel, haben mit Schreiben vom 8. Februar 2024 einen potenziellen Interessenskonflikt betreffend vertragliche Beziehungen zwischen der IKB und der TIWAG angezeigt. Infolge dieses potenziellen Interessenskonfliktes haben diese an der Beschlussfassung und Beratung über diesbezügliche Angelegenheiten im Aufsichtsrat nicht teilgenommen. Dies gilt für das Mitglied des Vorstandes DI Thomas Gasser, MBA, der mit Schreiben vom 7. Februar 2024 denselben Interessenskonflikt offengelegt hat.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr dem Abschluss zweier Energiekostenentlastungspakete, jeweils mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol sowie mit der Wirtschaftskammer Tirol, der Bereinigung von Auffassungsunterschieden im Zusammenhang mit dem Betriebsführungsvertrag 2021 samt Abschluss eines Betriebsführungsvertrages 2025 sowie der Fertigstellung des großen Investitionsprojektes Trinkwasserstollen Mühlau samt gutachterlicher Beurteilung der Projekt(kosten)entwicklung. Weiters gab es Mitte des Jahres einen Wechsel einiger Mitglieder des Aufsichtsrates.

6.3. Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft besteht aus insgesamt zwölf Personen – acht von der Hauptversammlung gewählte Kapitalvertreter:innen und vier vom Betriebsrat entsandte Arbeitnehmervertreter:innen.

Dem Aufsichtsrat haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

Mitglieder des Aufsichtsrates	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung	Planmäßiges Ende Funktionsperiode
Prof. Dr. Andreas Altmann Vorsitzender	1963	2.7.2021	27.6.2024
Dr. Markus Bachlechner Vorsitzender	1970	27.6.2024	Ord. HV 2026
Mag. Dr. Erich Entstrasser Stellvertretender Vorsitzender	1960	8.3.2013	Ord. HV 2026
DI Alexander Speckle	1969	16.1.2023	Ord. HV 2026
Mag. Hermann Meysel	1964	6.3.2014	Ord. HV 2026
Mag. David Nagiller, B.Ed.	1979	2.7.2021	27.6.2024
Mag. ^a Sonja Pitscheider	1969	2.7.2021	27.6.2024
Mag. Markus Stoll	1969	20.2.2019	27.6.2024
Andreas Wanker	1960	20.2.2019	27.6.2024
Kenan Asci	1985	27.6.2024	Ord. HV 2026
Mag. Martin Rupprechter	1965	27.6.2024	Ord. HV 2026
MMMag. Christian Mair	1971	27.6.2024	Ord. HV 2026
Dr. Fabian Saxl	1994	27.6.2024	Ord. HV 2026

Vom Betriebsrat gemäß § 110 ArbVG entsandt

	Geburtsjahr	Datum der letzten Entsendung
Christoph Martiner	1980	2.4.2019
Markus Paratscher Vorsitzender des Betriebsrats	1972	2.4.2019
Daniela Staud	1986	1.7.2022
Ing. Michael Tassenbacher	1987	2.4.2019

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben erklärt, keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Mitbewerbern des Unternehmens auszuüben, die einen Interessenkonflikt begründen könnten. Keines der Mitglieder des Aufsichtsrates übt mehr als die in den CGLL festgelegte Obergrenze an Mandaten in Überwachungsorganen aus. Im Berichtsjahr gab es kein Mitglied des Aufsichtsrates, das an mehr als der Hälfte der Sitzungen nicht teilgenommen hat.

6.4. Ausschüsse des Aufsichtsrates

Gemäß § 11 Abs 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat befugt, aus seiner Mitte Aufsichtsratsausschüsse zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festzulegen. Derzeit existieren ein Präsidialausschuss sowie ein Prüfungsausschuss.

Präsidialausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates mindestens aus drei Mitgliedern, wobei dem Präsidialausschuss jedenfalls der Vorsitzende und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates angehören müssen. Derzeit ist der Präsidialausschuss mit sieben Aufsichtsratsmitgliedern (fünf Kapitalvertreter:innen und zwei vom Betriebsrat entsandte Vertreter:innen) besetzt. Diesem Gremium obliegt die Vorberatung und -bereitung von wichtigen Entscheidungen des Aufsichtsrates, er wird vor jeder Sitzung des

Aufsichtsrates einberufen (§ 8 Abs 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Der Präsidialausschuss kann auch in dringenden Fällen die dem Aufsichtsrat obliegende Zustimmung zu einzelnen Geschäften gegen nachträgliche Berichterstattung an den Aufsichtsrat erteilen, wenn andernfalls ein Nachteil für die Gesellschaft droht.

Dem Präsidialausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender) (bis 27. Juni 2024)
- Dr. Markus Bachlechner (Vorsitzender) (ab 27. Juni 2024)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser
- DI Alexander Speckle
- Mag.^a Sonja Pitscheider (bis 27. Juni 2024)
- Mag. Markus Stoll (bis 27. Juni 2024)
- Mag. Martin Rupprechter (ab 27. Juni 2024)
- Dr. Fabian Saxl (ab 27. Juni 2024)
- Markus Paratscher (Arbeitnehmer:innenvertreter)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmer:innenvertreter)

Im Berichtsjahr 2024 haben fünf Sitzungen des Präsidialausschusses stattgefunden.

Prüfungsausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus einer vom Aufsichtsrat festzusetzenden Anzahl an Mitgliedern. Dem Gremium muss zumindest eine Person angehören, die über die Anforderungen des Unternehmens entsprechende Kenntnisse und praktische Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen sowie der Berichterstattung verfügt (Finanzexperte).

Zu den Kernaufgaben des Prüfungsausschusses zählen insbesondere die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems sowie des Risikomanagements, der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung, die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Erstattung des Berichts über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat, die Prüfung des Jahresabschlusses (Konzernabschlusses) und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlages zur Gewinnverteilung, des Lageberichts (Konzernlageberichts) und des Corporate Governance Berichts sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat. Aufgabe des Prüfungsausschusses ist auch die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers. Er tagt mindestens zweimal im Geschäftsjahr (§ 8a Abs 1 ff Geschäftsordnung Aufsichtsrat, § 92 Abs 4a AktG).

Dem Prüfungsausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender, Finanzexperte) (bis 27. Juni 2024)
- Dr. Markus Bachlechner (Vorsitzender) (ab 27. Juni 2024)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser (stellvertretender Vorsitzender)
- DI Alexander Speckle
- Mag.^a Sonja Pitscheider (bis 27. Juni 2024)
- Mag. Markus Stoll (bis 27. Juni 2024)
- Mag. Martin Rupprechter (Finanzexperte) (ab 27. Juni 2024)
- Dr. Fabian Saxl (ab 27. Juni 2024)
- Markus Paratscher (Arbeitnehmer:innenvertreter)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmer:innenvertreter)

Im Berichtsjahr 2024 haben zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses stattgefunden.

6.5. Aufgaben des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

Grundsätzlich hält der Vorsitzende regelmäßig Kontakt mit dem Vorstand und berät mit diesem in Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrates die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Er bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die Sitzungen des Aufsichtsrates und die Sitzungen der Ausschüsse des Aufsichtsrates vor, leitet diese und verantwortet zusammen mit dem/der Protokollführer:in die Protokollerstellung. Auch koordiniert der Vorsitzende die Arbeit des Aufsichtsrates und vertritt ihn nach außen. Er leitet die Hauptversammlung.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde vom Aufsichtsrat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wiederbestellt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat dieses Verfahren in Zusammenarbeit mit dem stellvertretenden Vorsitzenden vorbereitet und begleitet.

6.6. Vergütung von Mitgliedern des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2024 wurden an den Aufsichtsrat Vergütungen in Höhe von 43.700,00 Euro ausbezahlt. Grundsätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied neben dem Einsatz seiner baren Auslagen und einem Anwesenheitsgeld für jede Sitzung (Sitzungsgeld) eine jährliche Aufwandsentschädigung (§ 16 Satzung). Die Höhe des Anwesenheitsgeldes und der Aufwandsentschädigung wird unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit sowie des Zeitaufwands durch Beschluss der Hauptversammlung festgesetzt.

6.7. Qualifikation und Unabhängigkeit des Aufsichtsrates

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates werden nur Personen bestellt, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die Aufgaben eines Mitglieds des Aufsichtsrates wahrzunehmen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates geben vor Antritt der Funktion eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG ab und bestätigen damit, dass keine Umstände bestehen, die die Besorgnis einer Befangenheit als Mitglied des Aufsichtsrates der IKB begründen könnten sowie, dass keine geschäftlichen oder persönlichen Beziehungen zur IKB oder dem Vorstand bestehen, die einen materiellen Interessenkonflikt begründen würden oder dazu geeignet wären, das Verhalten als Mitglied des Aufsichtsrates zu beeinflussen. Zur Bescheinigung der fachlichen Qualifikation, der beruflichen und wesentlichen sonstigen Funktionen zum Zeitpunkt der Wahl bringen die Aspirant:innen einen Lebenslauf bei.

Eine möglichst paritätische Zusammensetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern ist angestrebt. Im Geschäftsjahr 2024 wurde die Diversität im Aufsichtsrat verringert. Dem Aufsichtsrat gehörte im Geschäftsjahr 2024 kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes an, für das die zweijährige Frist seit dem Ausscheiden aus dem Vorstand noch nicht abgelaufen ist („Cooling-off“-Phase). Die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates ist gewährleistet.

7. TRANSPARENZ

Von der IKB veröffentlichte Informationen, die das Unternehmen betreffen, werden auf der IKB-Internetseite unmittelbar für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hierzu zählen insbesondere der integrierte Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht und der ab dem Geschäftsjahr 2020 als eigenständiges Dokument auf der Internetseite veröffentlichte Corporate Governance Bericht.

8. INTERNE REVISION

Die IKB verfügt über eine interne Revision. Diese ist als eigene Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt. Jährlich ergehen entsprechende zusammenfassende Berichte an den Prüfungsausschuss und den Aufsichtsrat. Der Jahresbericht der internen Revision wird nach Behandlung im Prüfungsausschuss durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die interne Revision orientiert ihre Tätigkeit an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision, herausgegeben durch „The Institute of Internal Auditors“, veröffentlicht durch das Institut für Interne Revision Österreich – IIA Austria.

Seit 1. Jänner 2021 nimmt die interne Revision die Funktion einer Konzernrevision wahr, um so auch in den Konzerngesellschaften eine ordnungsgemäße Revisionsarbeit gemäß CGLL sicherzustellen.

9. ABSCHLUSSPRÜFUNG UND RECHNUNGSWESEN

Die aktuell geltenden CGLL sehen vor, dass nach sieben aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren ein neuer Abschlussprüfer zu bestellen ist.

Der Aufsichtsrat schlug deshalb nach einer öffentlichen Ausschreibung und einem Hearing im Prüfungsausschuss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2020 vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) mit der Abschlussprüfung zu beauftragen. Die Bestellung

der KPMG zur Prüfgesellschaft erfolgte in der Hauptversammlung vom 2. Juli 2020. Die KPMG prüft die IKB im Geschäftsjahr 2024 zum fünften Mal in Folge.

Die IKB betreibt ein Rechnungswesen, das ein getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und eine fundierte Unternehmensplanung sowie durch eine geeignete Kosten- und Leistungsrechnung eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit ermöglicht. Das Rechnungswesen entspricht im Sinne des § 83 AktG den Anforderungen des Unternehmens. Der Vorstand berichtet in jeder ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und legt den Jahresvoranschlag sowie den Jahresabschluss dem Prüfungsausschuss sowie dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vor.

10. EINHALTUNG DER CORPORATE GOVERNANCE-LEITLINIEN

Die CGLL wurden unter Verweis auf die nachfolgende Anmerkung im Geschäftsjahr 2024 eingehalten.

Entgegen der Empfehlung der CGLL sind Mag. Dr. Erich Entstrasser und DI Alexander Speckle sowohl Mitglieder des Aufsichtsrates als auch Aktionärsvertreter der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG in der Hauptversammlung der IKB.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass die Vergütung und Vertragslage der Vorstandsmitglieder nicht den Richtlinien für Dienstverträge von Managerinnen und Managern (RDMM) unterworfen wurde. Die rechtskonforme Verankerung der RDMM wurde im Jahr 2020 vor allem auf die Vereinbarkeit mit dem Aktien- und Stellenbesetzungsgesetz geprüft. Die Umsetzung der RDMM ist mit den einschlägigen Normen nicht vereinbar, weshalb unter Berufung auf den Subsidiaritätsvorbehalt des § 1 Abs 3 der RDMM („Bei der Umsetzung dieser Richtlinien sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Bestimmungen der Richtlinien sind nur insoweit anwendbar, als dadurch nicht gegen zwingende Rechtsnormen verstoßen wird.“) eine gesellschaftsrechtliche oder innerbetriebliche Verankerung der RDMM unterblieb.

11. ERGEBNIS DER EXTERNEN ÜBERPRÜFUNG DES BERICHTES

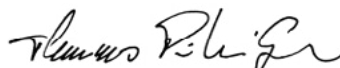
Im Einklang mit der Anordnung gemäß Pkt. 13.2. der CGLL wurde der Corporate Governance Bericht für das Berichtsjahr 2020 einer externen Überprüfung unterzogen. Die mit der Prüfung beauftragte KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat festgestellt, dass die berichtsgegenständliche Entsprechenserklärung des Vorstandes und Aufsichtsrates hinsichtlich der Einhaltung der CGLL zutrifft.

Innsbruck, im Juni 2025

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft
Für den Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

Für den Aufsichtsrat



Dr. Markus Bachlechner
Vorsitzender des Aufsichtsrates

KONZERN-BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	9.953.635,86	11.337
2. Geschäfts(firmen)wert	77.490,71	155
3. Geleistete Anzahlungen	380.848,86	190
	10.411.975,43	11.683
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	346.626.357,08	313.546
2. Technische Anlagen und Maschinen	372.382.626,39	352.255
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.761.976,59	109.185
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	31.845.522,72	54.988
	856.616.482,78	829.974
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	1.063.370,55	765
2. Beteiligungen	156.500,00	18
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	3.745.771,66	3.549
	4.965.642,21	4.332
	871.994.100,42	845.988
B. UMLAUFTERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.634.019,56	10.059
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	1.925.699,94	2.445
	12.559.719,50	12.504
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 85.439.631,25 (VJ TEUR 79.133)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 16.703.304,23 (VJ TEUR 9.564)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.575.285,45	51.948
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 45.575.285,45 (VJ TEUR 51.948)		
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21.925.517,74	1.054
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 14.050.517,74 (VJ TEUR 1.054)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 7.875.000,00 (VJ TEUR 0)		
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	34.642.132,29	35.694
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 25.813.828,06 (VJ TEUR 26.130)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 8.828.304,23 (VJ TEUR 9.564)		
	102.142.935,48	88.696
III. Sonstige Wertpapiere und Anteile		
	10.000.000,00	
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	89.176.644,09	118.578
	213.879.299,07	219.778
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	1.768.020,17	964
D. AKTIVE LATENTE STEUERN		
	1.600.272,39	1.742
SUMME AKTIVA		
	1.089.241.692,05	1.068.471

PASSIVA	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	104.036,99	104
2. Nicht gebundene	466.090.040,07	479.126
3. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-1.142.263,68	-1.142
	465.051.813,38	478.088
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	1.043.788,90	1.031
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	206.150.893,34	203.801
	207.194.682,24	204.832
IV. Bilanzgewinn		
davon Gewinnvortrag EUR 2.963.283,71 (VJ TEUR 163)		
	43.076.991,20	15.963
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		
	50.076.735,94	47.496
	775.400.222,76	756.380
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	52.897.786,95	54.664
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	48.807.682,75	49.571
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	19.904.995,63	20.051
2. Rückstellungen für Pensionen	4.125.413,00	4.258
3. Steuerrückstellungen	208.292,00	23
4. Sonstige Rückstellungen	50.915.164,93	57.014
	75.153.865,56	81.346
E. VERBINDLICHKEITEN		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 102.508.813,28 (VJ TEUR 91.836)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 27.062.776,93 (VJ TEUR 27.761)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.380.072,71	26.058
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.980.193,70 (VJ TEUR 2.623)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 23.399.879,01 (VJ TEUR 23.435)		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.599.053,26	2.572
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 7.210.318,80 (VJ TEUR 2.118)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 388.734,46 (VJ TEUR 454)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	52.209.900,42	48.858
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 50.947.514,14 (VJ TEUR 47.553)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.262.386,28 (VJ TEUR 1.305)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.094.167,34	12.571
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 15.042.717,34 (VJ TEUR 12.322)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 51.450,00 (VJ TEUR 250)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	29.288.396,48	29.538
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 27.328.069,30 (VJ TEUR 27.221)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.960.327,18 (VJ TEUR 2.317)		
davon aus Steuern EUR 5.318.072,67 (Vorjahr TEUR 6.432)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 3.221.390,25 (Vorjahr TEUR 2.986)		
	129.571.590,21	119.597
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	7.410.543,82	6.913
SUMME PASSIVA		
	1.089.241.692,05	1.068.471

KONZERN-ANLAGENSPIEGEL 2024

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen						Buchwert	
	zum 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2024	zum 1.1.2024	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2024	zum 31.12.2024	zum 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielles Anlagevermögen													
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	50.434.176,67	1.065.793,37	111.491,68	216.291,00	51.604.769,36	39.096.781,30	2.665.843,87	0,00	111.491,67	0,00	41.651.133,50	9.953.635,86	11.337.395,37
2. Geschäfts(firmen)wert	10.489.045,37	0,00	9.714.138,09	0,00	774.907,28	10.334.063,93	77.490,73	0,00	9.714.138,09	0,00	697.416,57	77.490,71	154.981,44
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	190.267,40	304.687,08	0,00	-114.105,62	380.848,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	380.848,86	190.267,40
Summe immaterielles Anlagevermögen	61.113.489,44	1.370.480,45	9.825.629,77	102.185,38	52.760.525,50	49.430.845,23	2.743.334,60	0,00	9.825.629,76	0,00	42.348.550,07	10.411.975,43	11.682.644,21
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	664.071.026,97	21.006.718,52	1.317.584,91	30.206.541,11	713.966.701,69	350.524.843,14	17.388.052,45	0,00	574.310,67	1.759,69	367.340.344,61	346.626.357,08	313.546.183,83
2. Technische Anlagen und Maschinen	786.510.766,12	34.852.532,55	2.144.729,42	11.325.807,62	830.544.376,87	434.256.107,68	25.551.413,55	0,00	1.645.534,79	-235,96	458.161.750,48	372.382.626,39	352.254.658,44
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	302.631.104,23	10.844.786,50	8.058.813,99	1.455.421,92	306.872.498,66	193.446.124,83	14.760.355,03	0,00	7.094.434,06	-1.523,73	201.110.522,07	105.761.976,59	109.184.979,40
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	54.987.697,29	19.947.781,46	0,00	-43.089.956,03	31.845.522,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.845.522,72	54.987.697,29
Summe Sachanlagen	1.808.200.594,61	86.651.819,03	11.521.128,32	-102.185,38	1.883.229.099,94	978.227.075,65	57.699.821,03	0,00	9.314.279,52	0,00	1.026.612.617,16	856.616.482,78	829.973.518,96
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	765.231,60	778.138,95	480.000,00	0,00	1.063.370,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.063.370,55	765.231,60
2. Beteiligungen	17.500,00	139.000,00	0,00	0,00	156.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	156.500,00	17.500,00
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	4.065.454,04	370.028,28	244.458,40	0,00	4.191.023,92	516.537,48	2.872,08	58.914,90	15.242,40	0,00	445.252,26	3.745.771,66	3.548.916,56
Summe Finanzanlagen	4.848.185,64	1.287.167,23	724.458,40	0,00	5.410.894,47	516.537,48	2.872,08	58.914,90	15.242,40	0,00	445.252,26	4.965.642,21	4.331.648,16
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.874.162.269,69	89.309.466,71	22.071.216,49	0,00	1.941.400.519,91	1.028.174.458,36	60.446.027,71	58.914,90	19.155.151,68	0,00	1.069.406.419,49	871.994.100,42	845.987.811,33

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr von 1. Jänner bis 31. Dezember 2024 (Beträge in Euro)

	2024 EUR	2023 TEUR
1. Umsatzerlöse	380.550.072,40	372.315
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	-530.135,73	216
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	8.062.216,92	7.910
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.196.180,14	1.061
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.891.996,13	1.619
c) Übrige	32.318.456,63	14.911
	37.406.632,90	17.590
Betriebsleistung	425.488.786,49	398.032
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-98.076.837,64	-110.248
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-35.385.204,36	-31.363
	-133.462.042,00	-141.611
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-43.987.552,42	-39.812
b) Gehälter	-55.383.886,12	-49.654
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-731.109,30	-626
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-2.783.051,25	-4.105
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-25.923.198,02	-23.396
dd) Übrige	-3.194.866,83	-2.581
	-32.632.225,40	-30.709
	-132.003.663,94	-120.175
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) Planmäßig	-57.998.462,63	
b) Außerplanmäßig	-2.444.693,00	-58.620
	-60.443.155,63	-58.620
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 18 fallen	-10.943.152,93	-10.852
b) Übrige	-81.247.227,69	-77.980
c) Personalgestellungsaufwand	-10.093.246,93	-10.783
	-102.283.627,55	-99.616
Betriebliche Aufwendungen	-428.192.489,12	-420.021
9. Zwischensumme aus Z 1 bis 8 (Betriebserfolg)	-2.703.702,63	-21.990
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	778.138,95	525
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	52.726,28	41
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.797.671,72	1.553
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	61.698,90	3.631
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-45.890,79	-39
davon Abschreibungen EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-528.658,18	-353
16. Zwischensumme aus Z 10 bis 15 (Finanzerfolg)	2.115.686,88	5.357
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z 9 und Z 16)	-588.015,75	-16.632
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-191.284,22	156
davon negative latente Steuern EUR 141.548,39 (VJ positive TEUR 135)		
19. Ergebnis nach Steuern	-779.299,97	-16.477
20. JAHRESFEHLBETRAG	-779.299,97	-16.477
21. Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	-3.032.591,98	-1.643
22. Auflösung von nicht gebundenen Kapitalrücklagen	46.288.243,33	40.525
23. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-2.362.643,89	-6.606
24. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.963.283,71	163
25. BILANZGEWINN	43.076.991,20	15.963

Impressum

Herausgeberin:

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft,
Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck